



Plenum

135. Sitzung

München, Dienstag, 7. Februar 2023, 14:00 bis 15:47 Uhr

Erdbeben im Grenzgebiet von der Türkei und Syrien..... 18757

Geburtstagswünsche für den Abgeordneten Staatsminister **Albert Füracker**..... 18757

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion

"Bayerns Baustellen endlich angehen: Wohnraum, Bildung, Energie"

Martin Hagen (FDP)..... 18757
Martin Huber (CSU)..... 18759
Martin Stümpfig (GRÜNE)..... 18764
Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER)..... 18766
Uli Henkel (AfD)..... 18768
Florian von Brunn (SPD)..... 18769 18771 18772
Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU)..... 18772
Gabriele Triebel (GRÜNE)..... 18773
Johann Häusler (FREIE WÄHLER)..... 18775
Sebastian Körber (FDP)..... 18777
Walter Nussel (CSU)..... 18779

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Beschluss..... 18781

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner u. a. und Fraktion (AfD)

Corona-Amnestie jetzt - Verfahren einstellen und Bußgelder erlassen! (Drs. 18/25143)

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 18/25999)

Christoph Maier (AfD)..... 18781

Josef Schmid (CSU).....	18783	18785
Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD).....	18785	18789
Toni Schuberl (GRÜNE).....		18785
Alexander Hold (FREIE WÄHLER).....	18786	18788
Andreas Winhart (AfD).....		18788
Horst Arnold (SPD).....	18788	18790
Alexander Muthmann (FDP).....		18790
Raimund Swoboda (fraktionslos).....	18791	18792
Christian Klingen (fraktionslos).....		18792
Beschluss.....		18792
Schluss der Sitzung.....		18793

(Beginn: 14:00 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 135. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Eingangs möchte ich im Namen des Hohen Hauses unsere Betroffenheit und Solidarität mit den Menschen in der Türkei und in Syrien zum Ausdruck bringen. Ich glaube, Ihnen geht es wie auch mir: Mit Bestürzung verfolgen wir seit dem frühen Montagmorgen die Nachrichten von sehr schweren Erdbeben im Grenzgebiet von der Türkei und Syrien. Die Zahl der Toten steigt weiter. Tausende Menschen haben in den Trümmern ihr Leben verloren; weitere Tausende sind verletzt.

Wir trauern mit den Familien und ihren Angehörigen und mit den Menschen in der Region, und wir bangen um die Verschütteten, die noch nicht gefunden worden sind.

Der Freistaat Bayern ist in enger Abstimmung mit den Generalkonsulaten sowohl in München als auch in Nürnberg und bereitet sich auf konkrete Hilfsmaßnahmen in den nächsten Tagen und Wochen vor. Zu denken ist insbesondere an Notunterkünfte für die Betroffenen, Aufbereitung von Trinkwasser sowie die medizinische Grundversorgung.

Zwischen Bayern und der Türkei sowie Syrien gibt es enge menschliche Bindungen. Viele Familien hierzulande beten für ihre Verwandten und Bekannten in den betroffenen Gebieten. Auch sie sind besonders betroffen. Auch ihnen gelten unsere Gedanken und unser Mitgefühl.

Ich darf Sie um einen kurzen Moment des Innehaltens bitten. –

(Die Anwesenden erheben sich)

Vielen Dank! Sie haben sich im Gedenken erhoben.

Und wie immer liegen Trauer, Schmerz und Freude eng beieinander. Ich freue mich, dass ich unserem Kollegen und Staatsminister Albert Füracker zum halbrunden Geburtstag nachträglich gratulieren darf. Im Namen des Hohen Hauses alles Gute und Gesundheit!

(Allgemeiner Beifall)

Nun rufe ich den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion

"Bayerns Baustellen endlich angehen: Wohnraum, Bildung, Energie"

Sie kennen ja das Prozedere: fünf bzw. zehn Minuten Redezeit, fraktionslose Abgeordnete zwei Minuten. – Als erster Redner hat sich Herr Kollege Martin Hagen für die FDP-Fraktion gemeldet.

Martin Hagen (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! In den vergangenen zwölf Monaten drängte sich vielen der Eindruck auf, die Bayerische Staatsregierung verstehe sich nur noch als Opposition zur Bundesregierung und nicht mehr als gestalterische Kraft für unser Land Bayern.

Wir haben das einmal überprüft und haben die Berichte der Kabinettsitzungen ausgewertet. Siehe da: Seit dem Regierungswechsel im Bund ist in den Berichten

der Kabinettsitzungen im Schnitt 11,5-mal pro Sitzung vom Bund die Rede, im Jahr davor war das lediglich 3,1-mal der Fall.

(Tobias Reiß (CSU): Weil der Bund noch gescheit gearbeitet hat!)

Das heißt, die Bayerische Staatsregierung beschäftigt sich seit Amtsantritt der Ampel viermal so häufig mit dem Bund wie zu der Zeit, als Sie selber noch Teil der Bundesregierung waren.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Kasperltheater ist das! Es ist unglaublich, dass ihr nichts Besseres habt!)

Meine Damen und Herren, es scheint, als hätten Sie von einem Tag auf den anderen Ihre Leidenschaft für die Bundespolitik entdeckt.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Bodenlos einfallslos!)

Jetzt kann man natürlich argumentieren, dass sich der Blick nach Berlin ja grundsätzlich lohnt, um zu sehen, wie die amtierende Bundesregierung in Rekordzeit die mannigfaltigen Altlasten bewältigt, die die von Ihnen geführte Regierung hinterlassen hat,

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Bodenlos einfallslos!)

und gleichzeitig eine der schwersten Krisen unserer Geschichte meistert, wie sie Ihre Fehler in der Energiepolitik,

(Alexander König (CSU): Sind wieder CSU-Basher von der FDP da!)

in der Sicherheitspolitik und anderswo korrigiert, wie sie die von CDU/CSU-Verteidigungsministern heruntergewirtschaftete Bundeswehr ertüchtigt, damit sie ihrem Auftrag zur Landes- und Bündnisverteidigung wieder gerecht werden kann,

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Wie viele Panzer habt ihr denn bestellt?)

wie sie in Rekordzeit Flüssiggasterminals baut und den Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigt, wie sie Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in nie gekanntem Umfang von den Folgen von Energiekrise und Inflation entlastet, kurzum: wie sie unser Land gut durch die historische Krise und in eine bessere Zukunft führt.

(Beifall bei der FDP – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das glaubt ihr doch selber nicht!)

Aber nein, darum geht es der Staatsregierung nicht. Der Grund, dass sie sich viermal so häufig mit dem Bund beschäftigt wie zuvor, ist nicht, dass sie sich die Tatkraft und das Krisenmanagement der Bundesregierung zum Vorbild nehmen will, sondern der Grund ist vielmehr, dass sie sich seit dem Regierungswechsel in Berlin vollends von jeglichem landespolitischen Gestaltungsanspruch gelöst hat. Sie glauben, mit Kritik an der Ampel und Forderungen an den Bund sei Ihr Job erledigt. Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen sagen: Das ist nicht der Fall. Sie sind nicht gewählt, um mit dem Finger nach Berlin zu zeigen, sondern Sie sind gewählt, um die Probleme bei uns in Bayern zu lösen. Diesem Anspruch werden Sie momentan nicht gerecht.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Wir fordern Sie auf, Bayerns Baustellen jetzt endlich anzugehen. Ich nenne Ihnen heute beispielhaft drei davon.

Erstens das Thema Wohnraum. Zehntausend Wohnungen hat Markus Söder vor der Wahl versprochen. Sie wissen: Bis heute ist nicht eine einzige davon gebaut worden. Ihre staatliche Wohnungsbaugesellschaft BayernHeim entpuppt sich als der Rohrkrepiierer, als den wir sie vorher schon erwartet haben. Meine Fraktion hat beispielsweise auf ihrer Klausurtagung im Januar 64 ganz konkrete Ideen erarbeitet, wie wir schneller, günstiger und unbürokratischer Wohnraum schaffen können. Mein Kollege Sebastian Körber wird darauf nachher noch näher eingehen.

Zweitens das Thema Bildung. Wir haben in Bayern – das wissen Sie auch – einen akuten Lehrermangel. Die Staatsregierung will ihr hausgemachtes Problem jetzt plötzlich auf Kosten anderer Bundesländer lösen,

(Manfred Ländner (CSU): Lehrermangel? Unsinn!)

indem man dort Lehrer abwirbt. Was für eine Farce, meine Damen und Herren! Wir schlagen Ihnen stattdessen vor: Machen wir doch das Lehramtsstudium in Bayern attraktiver. Erleichtern wir doch die Anerkennung ausländischer Lehrerabschlüsse.

(Alexander König (CSU): Oder bringen wir einmal die ganzen Teilzeitlehrer wieder in die Schulen! Dann wissen wir gar nicht, wohin mit den Lehrern!)

Bieten wir den Angestellten endlich auch unbefristete Verträge, damit auch Lehrerinnen und Lehrer, die nicht den Beamtenstatus anstreben, hier ein attraktives Arbeitsumfeld haben. Öffnen wir den Lehrerberuf stärker als bisher für Quereinsteiger. Entlasten wir Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben, damit sie sich um den Unterricht kümmern können. Geben wir den Schulen vor Ort endlich mehr Freiheit in der Personalakquise.

(Beifall bei der FDP – Alexander König (CSU): Teilzeit kommt in Ihrer Rede nicht vor!)

Meine Damen und Herren, drittens das Thema Energie. Die aktuelle Energiekrise ist zweifellos durch den Überfall Russlands auf die Ukraine ausgelöst. Wir wissen aber auch die tieferen Ursachen. Sie liegen hier in landespolitischen Versäumnissen und Fehlentscheidungen. Es war die Bayerische Staatsregierung, die zehn Jahre lang den Ausbau erneuerbarer Energien und den Ausbau von Stromleitungen aus dem Norden blockiert und verzögert hat. Der amtierende Wirtschaftsminister stand persönlich mit Plakaten demonstrierend gegen sogenannte Monstertrasen vor dem Ministerium, meine Damen und Herren.

Wir brauchen endlich mehr Tempo beim Ausbau von erneuerbaren Energien, von Windenergie, Solarenergie und Geothermie, beim Ausbau von Netzen und von Speichern. Wir brauchen mehr heimische Gasförderung. Wir sollten uns auch die Möglichkeit einer längeren Nutzung der Kernkraft nicht dauerhaft verbauen. Das bedeutet: vorerst kein Rückbau von Isar 2.

Wir haben hier in Bayern Möglichkeiten, die Probleme anzugehen, meine Damen und Herren. Diese Probleme sind zu groß, um sie jetzt bis zur Landtagswahl liegen zu lassen. Die Bürger haben einen Anspruch darauf, dass in diesem Hause Landespolitik gemacht wird. Lösen wir die Probleme! Packen wir es an, nicht erst nach dem 8. Oktober, sondern heute!

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Martin Huber für die CSU-Fraktion das Wort. Er spricht zehn Minuten.

Martin Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Erbsenzählerinnen und Erbsenzähler der FDP,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

die Tatsache, dass wir uns so intensiv mit der Bundesregierung beschäftigen, liegt einzig und allein daran:

(Alexander König (CSU): An der Bundesregierung!)

Deutschland wurde noch nie so schlecht regiert wie jetzt von der Ampel. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU – Martin Hagen (FDP): Lächerlich!)

Die FDP möchte sich um Baustellen kümmern, aber da hat sie in der Berliner Ampel selbst genug zu tun; denn wofür wurde denn die FDP gewählt? – Sie wurde gewählt für Steuererleichterungen für Leistungsträger, für solide Staatsfinanzen, für eine innovative, technologieoffene Wirtschaftspolitik

(Florian von Brunn (SPD): Von Leistungsträgern verstehen Sie gar nichts!)

und für eine Politik der gesellschaftlichen Mitte. Was bekommen aber die FDP-Wähler von der Ampel? – Leistungsfeindliches Bürgergeld, überbordende Staatsverschuldung,

(Martin Hagen (FDP): Das Gegenteil ist richtig!)

Verbrenner-Aus ab 2035, Legalisierung von Drogen, Ermöglichung des Geschlechtswechsels ab 14 Jahren einmal jährlich und bevormundende Gender- und Wokeness-Debatten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn jemand Baustellen hat, dann die FDP in der Ampel, meine Damen, meine Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Aber das zeigt halt auch, dass die FDP in der Ampel das große "Los" gezogen hat: Sie ist planlos, ideenlos und machtlos.

(Widerspruch bei der FDP)

Um davon abzulenken, tischen Sie uns hier eine Debatte auf, die wir letzte Woche schon geführt haben.

(Zuruf von der FDP: Papagei!)

Wir wissen seit einem Dreivierteljahr, dass das Bauen schwieriger wird wegen steigender Preise am Bau und wegen drastisch steigender Zinsen. Was macht der Bund, was macht die FDP, was macht die Ampel? – Anstatt das Bauen zu erleichtern, dilettiert der Bund bei den Fördervorschriften und erhöht aus purer Ideologie die energetischen Anforderungen. Fakt ist: Die Verschärfung der energetischen Mindeststandards im Gebäudeenergiegesetz wird nicht zu mehr, sondern zu weniger Wohnungsbau und damit nicht zu niedrigeren, sondern zu höheren Wohnkosten führen.

Das Förderchaos der Bundesregierung im vergangenen Jahr sucht auch seinesgleichen: zuerst die Aussetzung der Förderung, dann die Verschlechterung der Förderkonditionen und schließlich kaum Mittel für das Programm "Klimafreundlicher Neubau". Bauherren brauchen Planungssicherheit. Weil das nicht reicht, was

Sie verbocken, führt die SPD auch noch Enteignungs- und Verstaatlichungsdebatten.

(Florian von Brunn (SPD): Was reden Sie denn für verqueres Zeug?)

Schauen wir in das Bundesland Berlin: Der Mietendeckel war verfassungswidrig, hat es aber in der kurzen Zeit seines Bestehens geschafft, das Angebot an Mietwohnungen um bis zu 60 % einbrechen zu lassen. Da ist es doch absurd, dass die Parteien, die diese Konzepte befürworteten und verantworteten, hier in Bayern kluge Ratschläge erteilen wollen. Das ist absurd und fehlgeleitet.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der FDP)

Wir handeln ja in Bayern. Die staatlichen Wohnungsbaugesellschaften, aber insbesondere auch die BayernHeim werden von den Kommunen in der abklingenden Baukonjunktur als verlässliche und starke Partner geschätzt. Damit wird im Übrigen nicht nur der dringend benötigte Wohnraum geschaffen, wir stabilisieren damit auch die Bauwirtschaft in schwierigen Zeiten.

Die Wohnraumförderung ist in Bayern seit Jahren auf Rekordniveau. Allein in diesem Jahr steht dafür erstmals über eine Milliarde Euro zur Verfügung. Wir setzen auch kräftige Impulse für den Wohnungsbau, und zwar mit dem Wohnbau-Booster Bayern, den der Ministerrat Mitte Januar beschlossen hat.

(Widerspruch bei der FDP – Florian von Brunn (SPD): Luftschlösser!)

Bayerns Bilanz bei Bauen und Wohnen ist gut.

(Florian von Brunn (SPD): Ankündigungen und leere Versprechungen!)

Bayern lag 2021 mit großem Abstand auf Platz eins bei den Baugenehmigungen von neuen Wohn- und Nutzgebäuden. Bayern lag 2021 auf Platz eins bei der Fertigstellung von neuen Wohn- und Nutzgebäuden,

(Florian von Brunn (SPD): Wo? In Ihren Träumen, oder was?)

und die Wahrheit ist: Die Ampel baut Luftschlösser. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Noch mal zur Erinnerung: Der Bund wollte 400.000 Wohnungen pro Jahr bauen, davon 100.000 geförderte Wohnungen. Haben Sie sich mal überlegt, was das für Bayern bedeuten würde? Das wären 15.000 bis 20.000 geförderte Wohnungen in Bayern. Dass Sie dieses Ziel nicht erreichen konnten, versteht sich von selbst. Aber spannend ist ja auch, wie die Ampel auf diese Zahlen gekommen ist. Ich hoffe mal, das hatte noch nichts mit der Cannabis-Legalisierung zu tun.

(Heiterkeit bei der CSU)

Bayern ist aber auch Spitze bei der Bildung. Wo SPD und GRÜNE regieren, herrscht Bildungsnotstand. Hier in Bayern gibt es Topbildung und hervorragende Zukunftschancen. Das ist die Realität seit Jahrzehnten.

(Beifall bei der CSU – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Man kann sich die Realität auch schönreden!)

Bildung ist bei uns keine Baustelle, sondern zentrale Daueraufgabe, die wir auch zur Chefsache gemacht haben. Wir werden Schule bis 2028 weiter modernisieren: mehr Qualität, mehr Empathie und Zeit und mehr Digitalisierung.

(Florian von Brunn (SPD): Was haben Sie denn heute zu sich genommen?)

Wir haben schon jetzt über 100.000 Lehrer – so viele wie nie, so viele wie kein anderes Land. Wir haben 5.600 Stellen mehr als 2018 und werden bis 2028 auch die Voraussetzungen für 6.000 neue Lehrer sowie 2.000 Stellen für Verwaltungsangestellte und Schulsozialpädagogen schaffen.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Sie machen alles super!)

Wir haben nicht nur den höchsten Lehrerstand, sondern auch die beste Bezahlung. Wir werden in der kommenden Legislatur A 13 für das Lehramt an Grund- und Mittelschulen umsetzen.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Das ist doch alles gelogen!)

Das wird auch dazu führen, den einen oder anderen nach Bayern zu locken. Dafür müssen wir uns nicht entschuldigen. Das ist das Ergebnis guter Politik. Das ist das Ergebnis unserer Politik.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Demgegenüber steht die Ampel für Einheitsschule, Bildungsabstieg und Genderwahnsinn. Wir hingegen bauen die Schule der Zukunft. Das ist der Unterschied. Wir haben in Bayern auch die besten Universitäten und Rekordzahlen an Studenten. Kein anderes Bundesland investiert so viel in die Hochschulen wie der Freistaat Bayern. Mit der Hightech Agenda investieren wir auch massiv in die wichtigsten Zukunftsbereiche und sichern Bayerns Innovationsführerschaft.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Arbeit ist nicht Ihr Thema!)

Die Hightech Agenda von Markus Söder ist die Wohlstandsagenda der Zukunft. Da sind wir in Bayern ganz weit vorne.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Generaldampfplauderer!)

Für uns gilt: Akademische und berufliche Ausbildung sind absolut gleichrangig. Dafür setzen wir ein klares Zeichen, indem wir auch die Meisterausbildung kostenlos machen. Es kann nicht sein, dass der Master kostenlos ist und der Meister nicht. Das werden wir entsprechend angleichen.

In kaum einem anderen Bereich wird so viel Schmarrn von Ihnen erzählt wie beim Thema Energie; denn Bayern ist führend bei Wasserkraft, bei Photovoltaik, bei Bioenergie und bei Geothermie. Kein Land hat so viel installierte Leistung wie der Freistaat Bayern, kein Land hat in den letzten Jahren so viele Erneuerbare an das Netz gebracht wie Bayern: 25 % des bundesweiten Zubaus an Erneuerbaren finden in Bayern statt.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Als Hopfenanbau vielleicht!)

Damit ist im Freistaat mehr an das Netz gegangen als in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zusammen. Kein anderes Bundesland hat so eine Dynamik, und der Turbo für Heimatenergien läuft weiter. Bei Photovoltaik kommen 30 % des Zubaus aus Bayern. Wir machen weiter und fördern den Bau von Photovoltaik auf staatlichen Dächern. Wir prüfen Potenziale für Photovoltaik an Lärmschutzwänden und eigene Photovoltaikflächen auf Staatsgütern. Beim Wind sind über 300 Anlagen in der Vorbereitung.

(Florian von Brunn (SPD): In der Pipeline, oder?)

Im Frankenwald und bei mir zu Hause im Chemiedreieck sollen große Windparks im Staatswald entstehen. Bei Biomasse entstanden im letzten Jahr insgesamt 30 neue Anlagen. Wir sind führend bei der Grundlastfähigkeit der erneuerbaren Energien, wir sind Vorreiter beim Wasserstoff. Wir sind diejenigen, die mit unserer Wasserstoffstrategie zeigen, dass wirtschaftlicher Erfolg als Exportnation und Klimaschutz eben doch zusammengehen. Stärkung der Heimatenergien, Technologieoffenheit statt Ideologie – das ist unser Ansatz.

(Beifall bei der CSU)

Da Sie hier zum Thema Energie so schlau daherreden: Wofür steht die Ampel? – Die Gasumlage hat nicht einmal den Tag des geplanten Inkrafttretens erlebt. Die Gas- und Strompreisbremse kommt zu spät, und demnächst nehmen Sie auch noch die Versorgung von zehn Millionen Haushalten vom Netz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, erst die Laufzeitverlängerung für die verbliebenen Kernkraftwerke fordern und sich dann vom SPD-Chef Klingbeil Sprech- und Denkverbote verpassen lassen, das ist selbst für die Opposition in Bayern viel zu wenig.

Das Problem der FDP ist doch, dass sie in der Ampel nichts zu sagen hat. Sie leiden praktisch an einem politischen Stockholm-Syndrom. Sie sprechen auch immer wieder von der Schaffung von Wohnraum. Aber Sie verhindern den Erhalt von Wohnraum im Familienbesitz. Sie unterstützen faktisch die Enteignung von Familienbesitz.

(Martin Hagen (FDP): Unfug!)

Es ist ein trauriges Bild, das die FDP und Christian Lindner bei der Erbschaftsteuer bieten. Sie könnten ganz einfach die Freibeträge erhöhen

(Martin Hagen (FDP): Nein, das können wir nicht! Das muss der Bundesrat machen!)

und so vielen Familien ermöglichen, das Elternhaus zu behalten. Auch das würde dem Erhalt von Wohnraum dienen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Stattdessen gibt es Arbeitsverweigerung von Lindner und der FDP. Aber das zeigt natürlich auch ganz deutlich: Die FDP ist die derzeit größte Nichtregierungsorganisation des Landes. Schwadronieren Sie nicht von Baustellen in Bayern, solange Sie selbst mit Pfusch am Bau in Berlin beteiligt sind.

(Beifall bei der CSU)

Wir kümmern uns um Bayern. Wir bauen gemeinsam mit den Menschen die Zukunft. Denn Bayern handelt, Bayern kann es, und Bayern macht es.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, hätte ich eine Bitte. Man versteht teilweise fast nichts. Einfach ein bisschen ruhiger bleiben! Deshalb konnte ich auch einen Zwischenruf nicht richtig einordnen.

(Matthias Fischbach (FDP): Inhaltlich habe ich auch nichts verstanden!)

Ich bin mir auch nicht sicher, ob ich richtig gehört habe. Ich meine, "Papagei" gehört zu haben. Ich weise darauf hin, dass Tiervergleiche nicht mit der Würde des

Hohen Hauses vereinbar sind. Ich werde das im Protokoll nachlesen oder versuchen nachzuvollziehen.

(Alexander König (CSU): Wer war das?)

– Ich konnte es nicht zuordnen, weil es so laut war. Deshalb bitte ich jetzt auch um ein bisschen mehr Ruhe. Dann kann ich vielleicht auch die Zwischenrufe genauer detektieren.

Jetzt kommt der Kollege Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Florian von Brunn (SPD): Wir waren es nicht! Das kam von dort drüben!)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach der Wahlkampf-Bierzelt-Rede vom Kollegen Huber

(Florian von Brunn (SPD): Also im Bierzelt ist das Niveau deutlich höher!)

versuchen wir, das Ganze jetzt wieder ein wenig auf die sachliche Ebene, auf ein gewisses Niveau zu heben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Wenn man Ihren Reden, den Reden der CSU, öfter zuhört, dann weiß man mittlerweile immer schon vorher, was kommt.

(Widerspruch des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

Klar kommt das Ampel-Bashing rauf und runter. Klar kommt Berlin. Es wird erzählt, was alles falsch gemacht wird, und es werden massiv Tatsachen verdreht. Der Kollege Huber, der sich hinten jetzt köstlich unterhält, hat zum Beispiel gesagt, dass Bayern die meisten Lehrer hat. Das ist Blödsinn. Nordrhein-Westfalen hat 180.000 Lehrer, Bayern hat 120.000 Lehrer.

(Tobias Reiß (CSU): Die haben aber mehr Einwohner, du Heini!)

Solche einfachen Tatsachen – –

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Wie viele Schüler hat denn Bayern, und wie viele Schüler hat Nordrhein-Westfalen? – Alexander König (CSU): Kein Land hat so viele Teilzeitlehrer wie Bayern!)

Sie schaffen es noch nicht einmal, solche einfachen Tatsachen richtig darzustellen. Da rentiert es sich dann auch nicht, dass Sie Ihre Redezeit ausnutzen.

Zu dem heutigen Thema: Die FDP hat drei riesige Baustellen genannt. Wir GRÜNEN werden uns auf zwei dieser Baustellen konzentrieren. Gabi Triebel wird später noch zur Bildung sprechen. Das sind einfach zu viele Themen für eine einzelne Aktuelle Stunde.

Herr Kollege Huber hat gefragt, wo wir heute stünden. – Die CDU und die CSU haben uns beim Gas in eine enorme Abhängigkeit von Russland getrieben. Die aktuelle Bundesregierung hat es in kürzester Zeit geschafft, die Erdgasimporte aus Russland auf null herunterzufahren. Das ist eine enorme Leistung!

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Sie reden schon andert-halb Minuten und haben noch nichts zu 10 H gesagt!)

Ich möchte nicht wissen, wo wir heute mit der CSU und der CDU stehen würden, die immer noch am fossilen Zeitalter festhalten, die immer noch denken, dies wäre

der große Wurf. Die einzige Lösung sind 100 % erneuerbare Energien; dafür stehen wir GRÜNEN.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das sagt die grüne Kohlekraftpartei!)

Die Gasspeicher sind jetzt noch zu drei Vierteln gefüllt. An die Adresse der FDP: Wir haben allein nach Österreich mehr AKW-Strom exportiert, als Isar 2 in diesem Jahr produziert hat. Der AKW-Strom ist also nicht notwendig. Am 15. April wird mit der Atomkraft endgültig Schluss sein, und das ist auch sehr gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, im Jahr 2022 hat jede zusätzliche Gigawattstunde an erneuerbaren Energien den Strompreis um 6 Euro gesenkt. Jede durch Erdgas erzeugte Gigawattstunde hat dagegen den Börsenstrompreis um 25 Euro angehoben. Daran sieht man ganz klar: Wir müssen noch viel stärker in die erneuerbaren Energien gehen. Das Festhalten der CSU und der FREIEN WÄHLER an Erdgas ist der falsche Weg. Sie gefährden den Wirtschaftsstandort, und Sie sorgen dafür, dass die Strompreise immer weiter steigen. Mit Ihrem Blockadekurs bei den erneuerbaren Energien riskieren Sie, dass Bayern den Anschluss verliert. Deshalb muss endlich Schluss mit der Blockade der erneuerbaren Energien sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Huber, es ist lächerlich, wenn Sie sagen, es gäbe jetzt ein paar Windkraftprojekte. Wer hat denn den Knoten durchschlagen? – Robert Habeck hat das Windan-Land-Gesetz gemacht. Ohne dieses Gesetz wären wir in Bayern immer noch auf dem Stand null Komma null. Jetzt weht ein laues Lüftchen, aber nur dank der Ampel-Regierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch auf das Thema Geothermie eingehen. Wir haben in Bayern einen Schatz unter unseren Füßen. Die Staatsregierung schafft es aber nicht, den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen das Heizkissen, auf dem sie sitzen, einzuschalten. Die Geothermie wird im Staatshaushalt nur mit 7,5 Millionen Euro unterstützt. Das ist gar nichts! Das ist viel zu wenig! Wir bräuchten einen echten Turbo bei der Geothermie. Nötig wären konkrete Pläne, mit denen zum Beispiel Projekte wie in Bamberg und in Schweinfurt unterstützt werden könnten. Dort wird momentan in einem Granitvorkommen von der Geothermie-Allianz Bayern untersucht, wie die Wärme genutzt werden kann. Die Staatsregierung sagt aber: Diese Bohrungen unterstützen wir nicht; sucht doch erst einmal einen Industriepartner, der hier einspringt.

Welches Industrieunternehmen will denn in ein Pilotprojekt einsteigen, für das noch keine Erkundung erfolgt ist? Das muss der Staat machen! Sie weigern sich, die Geothermie anständig zu fördern. Das ist eine Kapitulation vor dieser Aufgabe. Wir sagen ganz klar: Wir brauchen jetzt nicht nur lose Sprüche des Ministerpräsidenten, dass die Geothermie 25 % des Wärmebedarfs decken soll. Wir brauchen vielmehr klare Fakten und eine Unterstützung der Projekte vor Ort. Sie müssen endlich Ihre Verweigerungshaltung aufgeben!

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): 85 % der Geothermieanlagen sind in Bayern!)

Es gibt einen Masterplan Geothermie, in dem einiges steht. Was aber umgesetzt werden soll, wird von Ihnen in gar keiner Weise vorgebracht. Ich gebe Ihnen ein

Beispiel aus der oberflächennahen Geothermie: In der Region Ulm gibt es eine effiziente Bohrung in 200 Meter Tiefe, die für die Unternehmen sehr nützlich und ergiebig ist. Drei Kilometer weiter wurden Bohrungen in nur 40 Meter Tiefe erlaubt. Wo liegt hier der Unterschied? – Die erste Bohrung wurde in Aichstetten in Baden-Württemberg vorgenommen. Sie reicht bis in 200 Meter Tiefe. Drei Kilometer weiter, bei gleichen geologischen Verhältnissen, darf in Lautrach in Bayern nur 40 Meter tief gebohrt werden. In Bayern ist noch nicht klar, ob man dort überhaupt Geothermie haben möchte. Baden-Württemberg zeigt, wo die Reise hingeht, während in Bayern wieder nur blockiert wird! Damit muss endlich Schluss sein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen bei der Geothermie einen Fonds für Ausfallbürgschaften. Wir brauchen eine flächendeckende Erkundung. Wir brauchen Geothermie-Gipfel. Außerdem müssen wir die Genehmigungsbehörden mitnehmen. Die öffentlichen Grundstücke müssen zu fairen Preisen angeboten werden.

Herr Kollege Hagen, zum Abschluss möchte ich der FDP noch eines mitgeben: Zur Energie gehört natürlich auch das Thema Mobilität. Bei diesem Thema werden die CO₂-Ziele massiv verfehlt. Wir müssen hier endlich die Low hanging Fruits ernten und sagen: Wir brauchen ein Tempolimit, wir wollen Tempo 30 in den Innenstädten. Solche Themen müssen wir voranbringen, sonst schaffen wir die CO₂-Ziele bei der Mobilität nie. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir im Bund eine gute gemeinsame Lösung finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Rainer Ludwig für die FREIEN WÄHLER.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon sehr erstaunt über die Ausführungen von Herrn Kollegen Hagen und Herrn Kollegen Stümpfig. Sie sind immerhin Teil der Ampel in Berlin; aber scheinbar haben Sie das vergessen. Sie tragen die Verantwortung für Wohnraum, Technologie und Bildung in unserem Land mit. Meine Damen und Herren, Sie reißen als Juniorpartner einer ständig überforderten Ampel-Regierung in Berlin eine gigantische Dauerbaustelle auf. Im Gegenzug blasen Sie hier in Bayern die Backen auf und sagen uns, dass wir unsere Baustellen endlich schließen müssten.

Ich darf Sie daran erinnern, dass der Freistaat unter allen Bundesländern der Vorreiter, der größte Erzeuger und die Nummer eins bei den erneuerbaren Energien ist. Wir zünden bei diesem Thema auch künftig den Turbo. Unser Ziel ist die Verdopplung des Ausbaus der regenerativen Energien bis zum Jahr 2030. Wir sind die Nummer eins bei der Solarenergie. Diese Offensive geht weiter. Das Ziel ist die Verdreifachung der Stromerzeugung auf Freiflächen und verstärkt auf Dächern.

Meine Damen und Herren, wir forcieren auch massiv den Ausbau der Windkraftanlagen. Die 10-H-Regelung wurde evaluiert, und die Kriterien wurden maßgeblich gelockert. Die Regionalen Planungsverbände weisen konsequent Flächen aus. Windkümmerer wurden eingestellt. Für schnellere Genehmigungsverfahren wurden bei den Bezirksregierungen 100 neue Stellen geschaffen.

Wir haben den Wasserstoff, dieses Multitalent, sektorenübergreifend als Schlüsseltechnologie verankert. Anfangs wurden wir dafür noch belächelt. Der Bund hat inzwischen viele Initiativen adaptiert, die häufig die Handschrift unseres Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger tragen.

Meine Damen und Herren, Bayern setzt mit einer halben Milliarde Euro ein wuchtiges Investitionsprogramm auf und schafft damit neue Akzente für die Installation von Elektrolyseuren, für die Entwicklung der Infrastruktur und für die gezielte Förderung von Wasserstofftankstellen. Sie sehen: Bayern ist das Land der Macher und Baumeister bei der Heimatenergie. Sie dagegen schaffen weitere Baustellen, die vieles lahmlegen. Ich weise Sie gern auf Ihren jüngsten Pfusch hin, die Härtefallhilfen für Öl und Pellets. Diese hat der Haushaltsausschuss des Bundestags, quasi über Nacht, einfach kassiert, und das ohne jegliche Vorankündigung. Meine Damen und Herren, dieses Verhalten ist ein massiver Wort- und Vertrauensbruch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das passt auch genau zu den geplanten Erlösabschöpfungen bei Biogas – ein Supergau, der alle potenziellen Investitionen in solche Anlagen im Keim erstickt hätte. Der Abschöpfungsmechanismus hat noch andere Kollateralschäden verursacht. Leuchtturmprojekte wie Bayerns größte Elektrolyseanlage in Wunsiedel stehen inzwischen still. Nächstes Paradebeispiel: Es gab gleich mehrere Gesetzesvorlagen, die kleine Wasserkraft in Bayern platzzumachen oder aus der EEG-Förderung zu kegeln. In letzter Minute wurde diese Diskriminierung verhindert. Von wem? – Natürlich von uns aus Bayern! Der Kollege Stümpfig hat das damals als Sturm im Wasserglas abgetan, meine Damen und Herren. Ganz zu schweigen davon, den Energieträger Holz als bedeutendsten nachwachsenden Rohstoff als nicht mehr nachhaltig hinzustellen!

(Florian von Brunn (SPD): Mit Holzwegen kennen Sie sich aus!)

– Lieber Kollege von Brunn, da sind Sie wahrlich im wahrsten Sinne des Wortes auf dem Holzweg in Berlin. – Meine Damen und Herren,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

eine der wohl dilettantischsten Entscheidungen ist die Abschaltung der Kernenergie. Es ist höchst unverantwortlich, ja es ist fahrlässig, gerade jetzt in der Krisen funktionsfähige, grundlastfähige Atomkraftwerke vom Netz zu nehmen. Sie verschärfen mit dieser apodiktisch-dogmatisch geprägten Fehllenkung die Krise. Meine Damen und Herren, das ist Ausdruck einer ideologischen Verblendung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zu Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Unabhängigkeit der Energieversorgung bedarf es aktuell unbedingt der temporären Laufzeitverlängerung der AKWs.

(Florian von Brunn (SPD): Ihre Zeit ist um!)

Diese müssen auch im nächsten Winter noch betriebsfähig sein. Da haben wir inzwischen, Herr von Brunn, viel wertvolle Zeit verloren. Das ist ein Desaster für die beteiligten Akteure. Das ist Ihre Energie- und Krisenpolitik. Das ist nur noch ein Trauerspiel und mit gesundem Menschenverstand nicht vereinbar.

(Florian von Brunn (SPD): Davon verstehen Sie nichts!)

Das sind viele Beweise für ein heilloses Durcheinander, und das ist Ausdruck der Regierungsunfähigkeit von Rot, Gelb und Grün. Gerade die FDP, Herr Hagen, disqualifiziert sich hier selbst. Sie regieren nämlich nicht nur schlecht, sondern Sie können es überhaupt nicht und spielen weder in der Ampel noch hier im Landtag eine große Rolle.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, zu wohn- und baupolitischen Themen haben der Kollege Huber und letzte Woche auch der Kollege Friedl genug gesagt. Ihre Partei – darf ich nur noch abschließen –, die FDP, ist mit Bauherr im Bund. Bitte beenden Sie Ihre konfuse und haarsträubenden Großbaustellen. Machen Sie Schluss mit diesem Ampel-Chaos in Berlin!

(Florian von Brunn (SPD): Machen Sie jetzt bitte Schluss!)

Es bedarf keiner Aufforderung und schon gar keiner Nachhilfe durch die FDP. Wir brauchen endlich eine stabile und verlässliche Politik, und die macht Bayern Ihnen vor.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die AfD-Fraktion der Kollege Uli Henkel.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen! Was für ein Sammelsurium an Themen! Aber klar, die AfD kämpft ums Überleben.

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Mangelnder Wohnraum ist sicherlich die soziale Frage unserer Zeit. Fast alle diesbezüglichen Probleme sind aber doch hausgemacht, in Bayern durch die CSU und in Berlin durch Schwarz-Rot bzw. nun auch die Ampel. Wir brauchen mehr Wohnungen. Das ist dann aber auch schon der einzige Konsens hier im Hohen Haus. 400.000 sollen jedes Jahr vom Bund gebaut werden. Seien wir froh, wenn es 250.000 werden! Bayern benötigt jedes Jahr circa 75.000 neue Wohnungen. Woher sollen die kommen?

Bei uns verfehlt schon die BayernHeim ihr gestecktes Ziel von 10.000 Wohnungen um 90 %. Große Wohnbaugesellschaften kündigen an, 2023 kein einziges neues Projekt beginnen zu wollen, weil die Kosten für Baustoffe und Energie explodieren, die Finanzierungskosten sich dramatisch erhöht haben und Käufer reihenweise abspringen müssen, weil nicht genügend Baugrund zu bezahlbaren Preisen vorhanden ist. Ich könnte ewig so weitermachen.

(Florian von Brunn (SPD): Bitte nicht!)

Bauträger benötigen Rendite. Die können sie kaum erzielen, auch weil Hunderte von unsinnigen und überflüssigen Auflagen das Bauen immer teurer machen. Da erzählt uns eine Expertin aus Berlin im Bauausschuss letzte Woche doch tatsächlich, dass Bauen noch immer viel zu billig sei, weil hier eine angemessene CO₂-Bepreisung fehle. Was für ein Irrsinn!

(Sebastian Körber (FDP): Stimmt doch gar nicht!)

Einen Tod müssen wir sterben, Kollegen. Entweder wir bauen einfacher, billiger und ohne alle diese Auflagen auch schneller, oder aber wir stoppen endlich den Zuzug noch weiterer Menschen nach Deutschland und Bayern; denn nicht nur Hunderttausende von Wirtschaftsmigranten, sondern auch die gemäß der Massenzustrom-Richtlinie zu uns kommenden Ukrainer verknappen das Angebot an Wohnraum drastisch, treiben so die Mieten in astronomische Höhen und führen schließlich zu einer Verdrängung auch von doch so dringend benötigten Krankenschwestern, Pflegern, Polizisten und Kindergärtnern.

Das aber, so die Meinung der AfD, sollten sich die Wähler am 8. Oktober nicht länger gefallen lassen. Wer also nicht will, dass München bald 2 Millionen und Bayern bald 15 Millionen Einwohner hat, der muss sich für einen sofortigen Stopp des Zuzugs für all diejenigen Menschen aussprechen, die – aus welchen Gründen auch immer sie zu uns kommen – doch sicherlich keinen Anspruch darauf haben, ausgerechnet in unseren Ballungsräumen zu wohnen, während in anderen Bundesländern noch immer Wohnraum zurückgebaut wird. Wenn es scheinbar ein Recht für jedermann auf dieser Welt gibt, zu uns zu kommen, dann werden wir daran mittelfristig zugrunde gehen. Erklären Sie das bitte Ihren Wählern! Unsere Wähler wissen es nämlich schon.

Auch auf der Baustelle Energie hätten wir deutlich weniger Probleme, wenn man auf die AfD gehört hätte, statt sich ununterbrochen über unsere Agenda zu echauffieren. Was braucht die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt neben echten Fachkräften wohl am dringendsten? – Klar, jede Menge bezahlbarer und vor allem auch grundlastfähiger Energie. Wir steigen aber am 15. April endgültig aus der Kernkraft aus. Ein ganz großer Sieg der Ideologen über jegliche Vernunft, und die ganze Welt lacht über uns! Warum lässt man nicht wenigstens die letzten zwei Kernkraftwerke am Netz und holt die noch nicht zurückgebauten vier aus dem Tiefschlaf zurück, um so doch wenigstens noch übergangsweise eine grundlastfähige Energiequelle zu haben, die weder von dümmlichen und obendrein sinnlosen Sanktionen noch von Wind und Sonne abhängt?

Wasserkraft, Biovergasung, Kernkraft, Gaskraftwerke, Photovoltaik und Windkraft zusammen in einem gesunden Mix lautet deshalb das klare Credo der AfD. Doch wir werden Braunkohle und Fracking-Gas aus den USA nutzen; denn dieser Ampel ist alles lieber als eine CO₂-vermeidende, grundlastfähige Kernkraft. Wenn man aber Wahnsinn über Rationalität stellt, dann kommt halt so ein Schmarrn dabei heraus, der zwar der Umwelt nicht guttut, dafür aber den Geldbeutel der Bürger in einer nicht akzeptablen Weise leert. Hauptsache, man ist sich selbst treu geblieben! Friere doch, wer da wolle!

Nur kurz zur Bildungsmisere: Ja, man kann Schülerzahlen antizipieren, nicht aber die Zehntausenden von zu beschulenden Kindern all dieser neuen Migranten, wobei 40.000 ukrainische Kinder jetzt in Bayern noch on top dazukommen. Da fragen wir uns schon, ob denn in dieser Notlage nicht deren Schulpflicht auszusetzen ist, wenn doch die Kinder der hier schon länger Lebenden darunter zu leiden haben, dass durch fehlende Lehrer und überfüllte Klassen ihre Bildungschancen massiv geschmälert werden. Deshalb sagen wir als AfD auch: Unsere Kinder zuerst! Nur wenn es dann noch Kapazitäten gibt, sehr gerne auch die anderen, aber eben nicht auf Kosten unseres Nachwuchses und seiner ohnehin schon ungewissen Zukunft.

(Beifall bei der AfD)

Noch ein Letztes: Natürlich ist es die FDP, die um ihr Überleben kämpft, und nicht die AfD; denn wir werden bei der Wahl etwa 15 % bekommen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD spricht nun der Kollege Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Früher gab es in Bayern Ministerpräsidenten, die den Freistaat vorangebracht haben, wie Wilhelm Hoegner, Hanns Seidel oder Alfons Goppel. Sie stehen für den Aufstieg Bayerns vom Agrarland zum Industriestaat. Heute stehen wir wieder vor entscheidenden Herausforderungen. Wir müssen einen großen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft hin zur Klimaneutralität gestalten. Wir müssen uns

von fossilen Energien unabhängig machen, viele bezahlbare Wohnungen bauen und für gute Schulen sorgen. Aber auf dem Stuhl des Ministerpräsidenten sitzt heute jemand, der sich nicht ernsthaft um diese Fragen kümmert.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Da sitzt gar keiner! – Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

– Er säße da eigentlich, wenn er mal da wäre. Wahrscheinlich ist er wieder beim Wassertreten in Bad Wörishofen, Herr Holetschek, oder? – Man sieht jedenfalls, dass er dieses Amt nicht ordentlich ausübt, vor allem beim Thema Energie. Eine sichere, bezahlbare Energieversorgung war die Voraussetzung für Bayerns wirtschaftlichen Aufstieg. Inzwischen hängen wir am Tropf der anderen Bundesländer. Wir produzieren selbst nicht genug Energie für Bayern. Wir müssen in Bayern seit Jahren schon Energie importieren.

Ich belege das auch gern mit Zahlen. Beim Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung liegt Bayern im Vergleich der Bundesländer nur noch im Mittelfeld. Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Hessen: Alle liegen vor dem Freistaat. Das ist kein Wunder, wenn man gleichzeitig Windkraft und Stromleitungen blockiert, den Ausbau der Geothermie und der Stromspeicher nicht in Angriff nimmt und sich dann vor macht, Bayern sei bei den erneuerbaren Energien so toll. Dann erfolgt immer der Hinweis auf die Photovoltaik. Heute haben wir es auch schon wieder gehört. Das Problem ist nur, dass die Sonne in der Nacht keine und im Winter nur sehr wenig Energie liefert.

(Ulrich Singer (AfD): Haben Sie das jetzt auch gemerkt?)

Der Wind liefert deutlich mehr, rund doppelt so viele Volllaststunden wie die Photovoltaik. Deswegen liegt Niedersachsen bei der Erzeugung erneuerbarer Energien klar vor Bayern. Bezieht man die erzeugte Energie auf die Fläche, liegt Bayern nur auf Platz 13 von 16 Bundesländern.

Merken Sie etwas, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU? – Sie fahren Bayern mit Ihrer Politik an die Wand. Deshalb hat der "Focus" bereits vor fast einem Jahr geschrieben: "Der Norden überholt den Süden: ‚Im Grunde ist Bayern schon längst abgehängt.‘"

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Fackler (CSU))

Dabei ist klar, was wir tun müssen: Die 10-H-Regel muss komplett weg. Wir werden mit ein paar bürokratischen Ausnahmen keinen echten Aufschwung bei der Windkraft erzeugen, verehrte Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Windkraft ist aber unverzichtbar. Sie sorgt für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Fackler (CSU))

Dabei ist Fläche entscheidend. Deshalb: Schluss mit dem CSU-Windkraftstopp!

(Beifall bei der SPD)

Ein zweiter wichtiger Baustein: Wir können in Deutschland laut Fraunhofer-Institut rund 70 % unseres Wärmebedarfs mit Geothermie und Erdwärme decken. Das funktioniert aber nicht mit den Peanuts, die Sie in den Haushalt eingestellt haben. Herr Kollege Stümpfig hat es gerade schon gesagt. Dies zeigt, Sie haben es immer

noch nicht verstanden. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wir müssen die Geothermie massiv fördern und ausbauen, verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Auch bei den großen Energiespeichern passiert viel zu wenig. Es gibt keine Strategie und keine Förderung, aber wir brauchen beides in Bayern. Anstatt erneuerbare Energien einfach abzuschalten, sollten wir sie lieber speichern. Die Standorte der ehemaligen Kernkraftwerke und fossilen Kraftwerke bieten sich dafür an. Dort gibt es schon die notwendigen Stromleitungen. Wir als SPD wollen das voranbringen.

(Beifall bei der SPD)

Für all das hatten Sie jetzt über vier Jahre Zeit. Erreicht haben Sie bisher wenig bis nichts.

Das Gleiche gilt für das Thema Wohnen. Bayern steht beim Mietniveau mit an der Spitze in Deutschland. Bei uns müssen die Menschen mithin die höchsten Mieten zahlen. Das ist übrigens nicht nur eine soziale Frage, sondern führt auch zu der Frage, ob man Arbeitskräfte finden kann. Wenn sich ein Azubi, ein Handwerksgehilfe, eine Polizistin oder eine Krankenpflegerin in bayerischen Städten keine Wohnung mehr leisten kann, läuft es auch in der Wirtschaft, in den Behörden und in der Pflege nicht gut.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen auch gar nicht über den Bund sprechen. Wir haben in einem Jahr Ampel-Regierung mehr auf die Spur gebracht als Sie bisher in vier Jahren! Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Das lässt sich wunderbar an den Wohnungsbauversprechen des Dr. Söder zeigen. Über die BayernHeim haben wir bereits letzte Woche gesprochen. In vier Jahren hat sie bisher keine einzige Wohnung selbst gebaut, und sie wird die großen Ziele, die Sie hier angekündigt haben, bis 2025 um 93 % verfehlen! Noch schlechter steht es aber um den angekündigten – –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Florian von Brunn (SPD): Ich dachte, ich habe zehn Minuten Redezeit.

Präsidentin Ilse Aigner: Nein, das haben Sie nicht. Sie haben fünf Minuten. Tut mir leid.

(Ulrich Singer (AfD): Es reicht!)

Florian von Brunn (SPD): Aber es gibt keinen zweiten Redner.

Präsidentin Ilse Aigner: Der SPD steht kein zweiter Redner zu, tut mir leid.

Florian von Brunn (SPD): Ach so. Okay, gut.

Präsidentin Ilse Aigner: Deswegen können Sie auch nicht zehn Minuten sprechen. Es tut mir leid.

Florian von Brunn (SPD): Darf ich noch einen Satz sagen?

Präsidentin Ilse Aigner: Einen Satz dürfen Sie noch sagen.

Florian von Brunn (SPD): Ja, gut.

(Tobias Reiß (CSU): Sie scheinen sich mit der Geschäftsordnung gut auszukennen!)

Bildung, Energie und Wohnen – die Bilanz aus vier Jahren zu diesen wichtigen Themen zeigt: Bayern hat mehr verdient. Die Menschen in Bayern haben Anspruch auf eine bessere Politik statt leerer Versprechungen, verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Und auf eine bessere SPD, Herr Kollege!)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Prof. Dr. Gerhard Waschler für die CSU-Fraktion.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herzlich willkommen, auch die "Bildungsschlechtredner" der Opposition! Ich gehe zunächst auf ein paar kleine Steilvorlagen ein, die in dieser Aktuellen Stunde geliefert wurden.

Herr Kollege Hagen, nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Der Lehrermangel ist nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland und ganz Europa ein Thema, weil es insgesamt einen Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel gibt, der sich auch abbildet.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch Herr Kollege Stümpfig verdient einen kleinen Hinweis; denn die Bildungspolitiker haben bei den GRÜNEN offenbar nicht die Möglichkeit, fundiert nachzuprüfen, wovon sie sprechen. Wenn Sie beklagen, dass Herr Kollege Huber etwas falsch gesagt hätte, stelle ich fest, das ist nicht der Fall. In der Schüler-Lehrer-Relation nehmen wir in Bayern einen Spitzenplatz ein.

(Zuruf der Abgeordneten Anne Franke (GRÜNE))

Wenn Sie die von Ihnen erwähnten Daten nehmen und nachrechnen, fehlen dem von mir hoch geschätzten Nordrhein-Westfalen – ich schätze den Ministerpräsidenten sehr, mein Bruder ist dort wohnhaft – ein paar Tausend Lehrer, um in der Schüler-Lehrer-Relation auf das Niveau Bayerns zu kommen, und der Abstand wird immer größer.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Einen weiteren kleinen Höhepunkt hat die AfD mit der freudigen Fehlleistung am Anfang geliefert, dass die AfD ums Überleben kämpfe. Das ist gut so!

(Lachen des Abgeordneten Ralf Stadler (AfD))

Herr Kollege von Brunn, ich habe mit Interesse verfolgt, was Sie zur Bildung sagen würden, und wollte den Minutenwert nehmen. Ich bin dann auf einen Sekundenwert heruntergegangen. Auch dies war nicht möglich. In überzogener Redezeit haben Sie dann zumindest den Begriff Bildung erwähnt, ansonsten null. Vielleicht ist das auch gut so.

(Florian von Brunn (SPD): Gerne beim nächsten Mal!)

Ich komme zurück auf das, was uns in der Sache insgesamt voranbringt, nämlich der Blick auf die Leistungen in Bayern. Hier kann ich feststellen: Bayern kann stolz sein auf die Bildungslandschaft, die die Regierungskoalition in dieser Legislaturperiode zu verantworten hat. Blickt man in die Zukunft, kann man mit Fug und Recht sagen: Wir haben allein im Haushalt 2023 1.152 ausgewiesene Planstellen. Für die

nächste Legislaturperiode hat der Ministerpräsident – richtig und wichtig – 6.000 weitere Lehrerstellen angekündigt. Wenn ich auf die Verwaltungsangestellten und Schulsozialpädagogen blicke, sehe ich 450 Stellen, davon 400 Verwaltungsangestellte, 50 Schulsozialpädagogen, im Haushalt 2023 und 2.000 Stellen in der nächsten Legislaturperiode. Darum beneiden uns andere Länder zu Recht. Hinzu kommen im Schuljahr 2023/2024 5,5 Millionen Euro für die sogenannten Differenzierungskräfte an Förderschulen – das müsste uns allen am Herzen liegen – und 21 Millionen Euro für Unterstützungskräfte bzw. pädagogische Schulassistenten, vor allem an Grund- und Mittelschulen. Darauf kann man stolz sein!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn hier eine Fraktion die zu uns geflüchteten Menschen mit ihren Kindern herabwürdigt, ist das dieses Parlaments nicht würdig. Wir sind stolz darauf, dass die Geflüchteten in unser Bildungssystem aufgenommen werden können und die Kinder hier für eine bestimmte Zeit eine Heimat haben. Die investierten Gelder sind gut investiert!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Blickt man ein wenig in die Vergangenheit, stellt man fest, es wurden von 2008 bis heute fast 20.000 Lehrerstellen geschaffen. Sieht man genau hin, was wir alles verbessert haben, stellt man fest: Die durchschnittlichen Klassengrößen wurden seit 2008 um 13 % vermindert. Wir hatten uns über die Jahre einen Erhalt der kleineren Schulstandorte ins Programm geschrieben. Die dafür notwendigen 230 Stellen waren richtig investiert. Wir hatten den Auf- und Ausbau der Integrierten Lehrerreserve an Realschulen und Gymnasien zum Ziel. Wir haben sie gesetzt und damit den Unterrichtsausfall reduziert. Wenn niemand mehr davon spricht, haben wir es richtig gemacht, weil es keinen Ausfall als solchen gibt. 1.300 Stellen mussten investiert werden, und das war richtig. Dass wir rund 3.100 Stellen für den Ausbau des gebundenen Ganztags ausgebracht haben, war ebenfalls der richtige Weg.

Jetzt noch ein Blick in die aktuelle Zukunft: Wir haben ein spezielles Qualifizierungsprogramm, um bisherigen Team- oder Unterstützungskräften an Mittelschulen eine dauerhafte Anstellung und eine Perspektive für eine Verbeamtung zu geben. Das ist ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung.

Beim Thema Digitalisierung nenne ich nur den Koalitionsvertrag, in dem 50.000 digitale Klassenzimmer ausgewiesen sind. Inzwischen haben wir schon 63.000 erreicht. Ich nenne noch: pädagogische Systembetreuung, flächendeckende Fortbildung in der Digitalisierung, Unterrichtsfach Informatik und Verbesserung der Inklusion mit 1.200 Stellen seit dem Jahr 2008.

Man kann sagen: Das Bessere ist der Feind des Guten. Wir sind auf einem sehr, sehr guten Weg. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Gabriele Triebel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen Noten, die unsere Persönlichkeit abbilden. Wir wollen mehr für unseren Alltag lernen. Wir wollen eine bessere digitale Bildung. Wir wollen mehr Berufsorientierung. Wir wollen, dass die armen Schüler*innen nicht abgehängt werden. Wir wollen kleinere Klassen, also mehr Lehrer*innen. – Diese Forderungen kommen von Schüler*innen der zehnten Klassen einer Realschule, die ich gestern in meinem Stimmkreis besucht habe. Im Gegensatz zu den Kolle-

gen Waschler und Huber haben diese 15-Jährigen ganz klar erkannt, woran es im bayerischen Bildungssystem fehlt. Es gibt einen hausgemachten Lehrkräftemangel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie viele Lehrkräfte genau fehlen, sagt die Staatsregierung nicht. Dass viele fehlen, merken wir tagtäglich. In vielen Schulen fällt der Förderunterricht aus. Das bedeutet: Kinder, die Probleme mit der deutschen Sprache haben, werden abgehängt. Die Nachmittags-AGs fallen aus. So findet zum Beispiel keine Sport-AG statt, obwohl die Kinder dringend Bewegung brauchen. Zum Glück gibt es aber Menschen, die, ohne ein Lehramtsstudium absolviert zu haben, als Lehrkräfte arbeiten wollen, nämlich die Quereinsteiger*innen. Heute konnte ich mit mehreren Quereinsteiger*innen sprechen. Was sie berichten, hört sich nicht gut an: Nach einer viel zu kurzen Vorbereitung werden sie sofort ins kalte Wasser geworfen und müssen allein vor einer Klasse stehen.

Die vorhandene Unterstützung reicht beim besten Willen nicht aus, um diese motivierten Menschen anständig in ihren neuen Beruf zu begleiten. Wenn die Staatsregierung so schlecht mit ihrem Personal umgeht, dann braucht sie sich wirklich nicht zu wundern, wenn sich so viele von ihnen gleich wieder aus dem Klassenzimmer verabschieden. Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, das können wir uns bei dem heute akuten Lehrkräftemangel einfach nicht mehr leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen wir auf die Grundschulen: In drei Jahren haben Eltern das Recht auf Ganztagsbildung für ihre Kinder. Ich sage bewusst "Bildung"; denn wir brauchen im Ganztags Qualität. Dazu brauchen wir jetzt aber schleunigst ein Gesetz, das die Qualität im Ganztags vorgibt. Für uns GRÜNE bedeutet Qualität: Fachkräfte und die Möglichkeit, dass Menschen mit unterschiedlichen Berufen im Team in der Schule zusammenarbeiten, und zwar Lehrkräfte, Logopädinnen und Logopäden, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie andere Fachkräfte, aber auch der Flötenlehrer aus der Musikschule.

Ein guter Ganztags bringt mehr Bildung, bringt mehr Chancengerechtigkeit – und davon brauchen wir in Bayern definitiv mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir bleiben in der Grundschule: Hier sollen die Kinder Lesen, Rechnen und Schreiben lernen. Die letzte Studie des Bundes zeigt aber, dass die Realität auch in Bayern anders aussieht. Viele Schüler*innen erreichen nicht einmal mehr die Mindeststandards – Tendenz steigend. Gut jeder siebte Viertklässler kann nicht ausreichend lesen. Hinzu kommt, dass hier besonders Kinder aus sozial benachteiligten Elternhäusern betroffen sind. Das ist das Ergebnis davon, dass die Staatsregierung die Grund-, Mittel- und Förderschulen seit Jahren vernachlässigt,

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Matthias Enghuber (CSU))

und zwar nicht nur personell, sondern auch dadurch, dass sie sich an der uralten Vorstellung festklammert, dass jedes Kind in einer Klasse das Gleiche lernen muss. Sie verschließt die Augen vor der Tatsache, dass die Schülerschaft vor allem in den Grundschulen vielfältig und divers ist. Es ist unsere Aufgabe – nein, es ist unsere Pflicht –, jedem Kind gerecht zu werden, und zwar egal welchen

Background es hat. Wir müssen den Kindern die Lernangebote machen, die sie auch brauchen. Das ist individuelles Lernen.

(Zuruf des Abgeordneten Norbert Dünkel (CSU))

Mit individuellem Lernen durchbrechen wir den Mechanismus, der gerade bei uns in Bayern herrscht, nämlich dass der Schulerfolg der Schüler*innen hauptsächlich vom Elternhaus abhängt.

(Zuruf des Abgeordneten Norbert Dünkel (CSU))

Diese Bildungsungerechtigkeit müssen wir hier in Bayern endlich durchbrechen. Das sind wir unseren Kindern schuldig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Staatsregierung, zünden Sie endlich den Bildungsturbo in Bayern – auch hier steht die Uhr in der Bildung längst auf fünf nach zwölf – für eine bessere Bildung, für mehr Bildungsgerechtigkeit und für unsere Kinder!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht nun der Kollege Johann Häusler.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Titel der Aktuellen Stunde – "Bayerns Baustellen endlich angehen [...]" – ist ein wahnsinnig plakativer, aber substanzloser Ansatz. Wenn man so etwas jede Woche aufs Neue aufruft, dann bringt das überhaupt keine Lösungsansätze, sondern verdeutlicht einfach nur die eigene Hilflosigkeit, sonst würde man das so nicht machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Unterschied zwischen den Oppositionsfraktionen, die das Bildungssystem und die Wirtschaft schlechtreden, und uns als Regierungsfractionen, die für beides die Verantwortung tragen, ist einfach der: Sie richten Baustellen ein, um sie zu verwalten, wir hingegen bauen Baustellen ab, weil wir Innovation schaffen, weil wir Zukunft generieren und weil wir Bildung nach vorne bringen. Wir arbeiten lösungsorientiert. Das ist der große Unterschied. Wir lamentieren nicht. Bildung ist für uns das zentrale Thema unserer Zeit. Sie ist unser Rohstoff und auch unsere Zukunftsperspektive. Bildung schlechtzureden, ist genau das Gegenteil davon und bedeutet, den Standort zu diskriminieren, unseren jungen Menschen die Chancen schlechtzureden. Das Schlechtreden führt nur dazu, negative Impulse zu geben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hingegen geben positive Impulse und machen Bayern damit attraktiv.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dass wir Bildung priorisieren, dass wir Bildung als Staatsziel ausgeben, dass wir in Deutschland das Bildungsland Nummer eins sind, belegen die Zahlen: Wir geben 27 Milliarden Euro, mehr als jeden dritten Euro im Haushalt, für Bildung aus. Allein 15 Milliarden Euro bekommt das Kultusministerium. Das heißt im Klartext: Wir haben rund 14,2 Milliarden Euro für den Unterricht und zur Schulfinanzierung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wo in Deutschland gibt es das sonst noch? – Nirgendwo!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir stellen die Bildung breit auf. Wir geben für die Erwachsenenbildung in diesem Jahr 42 Millionen Euro aus. Das ist mehr als doppelt so viel wie vor der Corona-Pandemie. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist Bildung, und zwar Bildung aufgestellt für jedermann in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sehen die Herausforderungen. Selbstverständlich gibt es den Personalmangel. Nennen Sie mir nur einen Wirtschaftszweig, einen sozialen Zweig oder einen Gesellschaftszweig, in dem wir keinen Personalmangel haben! Selbstverständlich gibt es auch in unseren Schulen einen Personalmangel. Der Unterschied zwischen uns und der Opposition ist aber ganz einfach der, dass wir den Lehrermangel erkennen, gegensteuern und Akzente setzen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf daran erinnern: Einige waren 2019 nicht nur hier im Parlament, sondern auch am Rednerpult und haben damals fürchterlich aufgeheult, als der Kultusminister hier administrative bzw. regulatorische Maßnahmen verkündet hat, wie etwa eine Stunde länger zu arbeiten, die Zeitschrift zu ermöglichen, die wöchentliche Mindestarbeitszeit zu verlängern, das Sabbatjahr auszusetzen, um diesem Mangel entgegenzuarbeiten. Auch wurde der Numerus clausus für das Lehramt an der Grundschule abgeschafft, sodass mehr Anreiz entsteht. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, hier hat man unheimlich viel getan.

Diejenigen, die jetzt lamentieren und Bildung und Bayern schlechtreden, haben wohl vergessen, dass wir Corona mit Betretungsverboten hatten. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die haben offenbar nicht mitbekommen, dass in der Ukraine Krieg ist, dass wir 40.000 Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine zusätzlich beschulen. Die haben nicht mitbekommen, dass wir mehr Bildungsangebote und mehr Leistungsangebote machen. Die haben nicht mitbekommen, dass wir die Klassen verkleinert haben. Das sind doch alles Themen, um genau dieser Problematik entgegenzuwirken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben den Quereinstieg attraktiver gestaltet. Wir haben die Zweitqualifikationen ausgebaut. Wir haben Sonderqualifikationen eingeführt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sagen Sie mir ein Bundesland, in dem das genauso passiert.

Allein die Diskussion jetzt, als der Ministerpräsident verkündet hat, Bayern wolle anwerben, wolle Willkommenspakete: Da kam dann der ganz große Aufschrei: Um Gottes willen! – Vielleicht zu Recht. Verehrter Kollege Hagen, dass man so eine Diskussion überhaupt führt und darauf eingeht, zeigt doch, dass die Bildung in Bayern attraktiver ist als die unserer Nachbarländer. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, sonst würden sich die Leute nicht angesprochen fühlen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist doch Fakt. Darauf sollten wir uns doch konzentrieren.

Für uns als Regierungskoalition ist die Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung von Bedeutung. Wir hatten vor nicht einmal 14 Tagen das Thema kostenlose Meisterausbildung. Das ist ein ganz wichtiger Faktor. Wir brauchen die Wissenschaft, und wir brauchen letztendlich auch die duale Ausbildung vor Ort. Das stärkt unsere Wirtschaft. Das stärkt unser Sozialsystem. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit können wir Zukunft generieren.

Deshalb bitte ich ganz einfach darum, unsere Entwicklung in Bayern positiv zu sehen. Die Leute kommen nicht umsonst zu uns. Bayern ist Zuzugsland Nummer eins, weil Bayern attraktiv ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist für die FDP-Fraktion der Kollege Sebastian Körber.

Sebastian Körber (FDP): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Häusler war gerade zumindest noch ein bisschen darum bemüht, den bildungspolitischen Totalausfall seines Staatsministers mit ein paar Ausführungen zu umwerben.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Diese Aktuelle Stunde ist ein parlamentarischer Totalausfall!)

Was haben die anderen Redner der Regierungsfaktionen gemacht? Erinnern wir uns: Der Generalsekretär der CSU hat den Saal bereits vor der ersten Rede des Kollegen von den FREIEN WÄHLERN verlassen. Ich glaube, er hat sich bei seiner Rede gerade vergriffen. Er wollte anscheinend die politische Aschermittwochsrede halten. Man muss kein Erbsenzähler sein, um festzustellen, dass sich zwei Drittel der gesamten Redezeit um Berlin gedreht haben, während wir hier über die Themen Bayerns reden wollen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss sich das erst mal auf der Zunge zergehen lassen. Anscheinend interessiert die Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN Bayern gar nicht mehr.

Ich kann es auch nicht mehr hören, dass man sich hier hinstellt und jeden Tag mit irgendwelchen Superlativen durchs Land läuft. So ist es nämlich nicht. Ich will es Ihnen gleich mal an einem Beispiel illustrieren. Liebe Kollegen der CSU, hören Sie bitte damit auf, solche Superlative für sich in Anspruch zu nehmen. Ich verstehe, dass Sie die FREIEN WÄHLER nicht erwähnen, die tragen ja auch wenig zum Regierungshandeln bei.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Oje!)

Das Wort "FREIE WÄHLER" ist ja ein bildungs- und energiepolitischer Totalausfall. Das Wort "FREIE WÄHLER" kam in Ihren Ausführungen ja überhaupt nicht vor.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Es ist nämlich immer noch die Leistung der mutigen Unternehmerinnen und Unternehmer, der fleißigen, arbeitenden Bürgerinnen und Bürger, der Forscher, Ingenieure und Entwickler in diesem Land, Bayern nach vorne zu bringen – trotz der Kollegen der CSU in der Regierungsverantwortung.

(Beifall bei der FDP – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Da müssten Sie ja unter fünf Prozent sein, weil die uns alle wählen wollen!)

Ich zitiere jetzt aus der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung", damit Sie einmal den Blick von außerhalb Bayerns widergespiegelt bekommen.

Viele bayerische Landkreise berichten [...], dass sie am Ende ihrer Kräfte sind.

– Bayerische Landkreise! In der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung".

(Zuruf)

Ich zitiere weiter:

Sie haben das Gefühl, dass sie zwei Flüchtlingswellen gleichzeitig zu bewältigen haben.

Was hat das jetzt mit Bayerns Baustellen zu tun? – Meine sehr verehrten Damen und Herren: sehr viel!

(Ulrich Singer (AfD): Kümmern Sie sich lieber um Ihre Baustellen in Berlin!)

Es sind nämlich folgende Landkreise explizit angesprochen worden: Rhön-Grabfeld, das Unterallgäu, Amberg-Weizsäckinger, der Landkreis Landshut

(Zuruf: Sulzbach! – Tobias Reiß (CSU): Sie kennen nicht mal die bayerischen Landkreisnamen!)

sind in diesem Artikel alle aufgeführt worden. Das heißt, von außerhalb – in der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" – hat man sich jetzt diese Landkreise in Bayern, wo es besonders gravierend ist, herausgegriffen.

(Tobias Reiß (CSU): Was macht die Bundesregierung dagegen?)

Das illustriert eines sehr gut: dass Sie überhaupt keine Antworten auf die drängende Frage der Wohnraumversorgung haben. Denn die Menschen, die zu uns kommen, einen Asylantrag gestellt haben, sind dann immer noch relativ menschenunwürdig in Einrichtungen untergebracht, die Sie betreiben. Gerade Bürgerinnen und Bürger aus der Ukraine, die zu uns kommen, brauchen nämlich in diesem Land eine Wohnung.

Was machen Sie? – Ich bringe jetzt mal Zahlen und Fakten. Der Bauminister ist natürlich – wie immer – nicht da, wenn es um seine Themen geht.

Im Jahr 2019 – Stand 11.10.2022 – hatten wir 135.655 Belegungsbindungswohnungen in Bayern. Im Jahr 2021 waren es nur noch 133.552. Überraschung: Wer ist dafür zuständig? – Das Land Bayern. Da können Sie nämlich nicht mit dem Finger nach Berlin zeigen. Das ist in Ihrem originären Zuständigkeitsbereich.

Was sind Ihre Antworten auf das Thema Wohnraumversorgung? – Ich weiß, Sie können es nicht mehr hören; das ist halt ein wunder Punkt. Alles, was ich aus dem Ministerium höre, ist: BayernHeim. Das ist die dritte staatliche Wohnungsbaugesellschaft, die nun vom vierten Landesverkehrsminister sozusagen fast schon insolvenzverwaltet wird.

Denn was machen Sie da? – Sie verschwenden massiv Steuergeld. Vor fast einem Jahr habe ich aufgedeckt, dass Sie 410.000 Euro allein dadurch verschwenden, dass Sie die Hälfte der BayernHeim-eigenen Büroflächen leer stehen lassen. Vor ein paar Tagen konnten Sie in der "Bild"-Zeitung lesen, dass Sie nun 250.000 Euro Schaden an Steuergeld produzieren, weil die BayernHeim in ihrem Bestand Gewerbeflächen hat, die auch leer stehen und die Sie nicht auf den Markt bringen.

(Martin Hagen (FDP): Wahnsinn!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihre Aufgabe ist es eigentlich, Wohnraum zu schaffen. Was Sie uns gegeben haben, ist dieses völlige Murksthema der BayernHeim.

(Beifall bei der FDP)

Ihr amtierender Generalsekretär – ohne Dokortitel – Huber wäre mit seiner Rede eigentlich in Berlin besser aufgehoben gewesen, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil so ein CSU-Generalsekretär ja eigentlich dafür prädestiniert ist, Bundespolitik zu machen. Da gab es nämlich auch einen CSU-Generalsekretär ohne Dokortitel: Mister Mautmurks Andi Scheuer. Er hat uns 500 Millionen Euro mögliches Risiko bei diesem Mautmurks hinterlassen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist die Arbeit, die Sie abliefern, wenn Sie Politiker nach Berlin schicken. Loben Sie doch mal die Bundespolitik für das viele, was wir machen. Loben Sie sie doch mal.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Für was denn?)

– Ganz gute Frage: Das Planungsbeschleunigungsgesetz wird vom Kollegen Buschmann und vom Kollegen Wissing vorangetrieben. Die AfA für Mietwohnungsbau wurde vom Bundesfinanzminister von 2 auf 3 % erhöht.

(Zuruf: Redezeit!)

Das ist etwas, was Sie überhaupt noch nie erreicht haben. Diese Fortschrittskoalition hat mehr erreicht als Sie zuvor in Ihren 15 Jahren Regierungsbeteiligung der CSU.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Walter Nussel für die CSU-Fraktion.

Walter Nussel (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich weiß nicht, ob alle das glauben, was Sie hier heute schon gesprochen haben.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Körber, ich möchte auch mal ganz woanders anfangen: in Berlin, weil es uns Bayern betrifft. Ich bin auf Ihren Staatssekretär zugegangen. Ich habe versucht, mit ihm einen Termin für ein Gespräch zu finden. – Ablehnung. Das nächste halbe Jahr hat er, der zuständige Staatssekretär, für Bürokratieabbau keine Zeit oder vielleicht auch keine Lust dazu.

(Julika Sandt (FDP): Mit wem haben Sie gesprochen? Wen meinen Sie denn?)

Warum suche ich das Gespräch? – Weil genau die Stimmungsmache, die draußen vorherrscht, das Kernproblem ist.

(Sebastian Körber (FDP): Sie zeigen wieder nach Berlin!)

– Zu Recht! Wenn wir es nämlich nicht schaffen, Bürokratie, die von Berlin aus runter bis in die Länder reicht, zurückzudrängen, dann schaffen wir auch schnellen Wohnungsbau nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Dann schaffen wir auch die schnelle Energiewende nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Julika Sandt (FDP))

Es gelingt uns nicht, Leitungen zu bauen, weil das laufend verhindert wird. Wenn wir sagen, wir wollen jetzt in der Energiekrise einmal das Klagerecht aussetzen,

(Sebastian Körber (FDP): Aiwanger! Söder!)

damit wir hier Leitungen bauen können,

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Die wollt ihr doch nicht haben! – Zuruf der Abgeordneten Julika Sandt (FDP))

um Strom von A nach B zu bringen, dann wird das in Berlin unterlaufen und verhindert. Das ist die Wahrheit. Deswegen geht hier nichts vorwärts.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiteres Thema in Berlin ist die Steuer. Unsere Investoren, unsere Vermieter sagen schon aus der Stimmung heraus: Warum soll ich denn noch etwas investieren, wenn uns der Staat durch die Hintertür – da seid ihr verantwortlich – das Geld wieder nimmt?

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört! – Zuruf des Abgeordneten Sebastian Körber (FDP))

Irgendwann muss man auch die Kirche im Dorf lassen und einmal darüber nachdenken, was hier passiert.

Jetzt komme ich zu Bayern. Auch das sind Themen, die gerade in den Großstädten eine große Rolle spielen. Wenn ich in München fünf Jahre für einen Bebauungsplan benötige – fünf Jahre! –, wie soll dann eine Wohnungsbaugesellschaft Planungssicherheit haben, wann sie hier irgendwo Wohnungen bauen kann? Wir müssen auch hier Bürokratie abbauen. Wir müssen aber auch hier – Fingerzeig auf die linke Seite – mal über den Schatten springen; denn wir sind nicht dazu da, um alles zu verhindern. Wir müssen hier mal Botschaften aussenden und sagen: Wir stehen dahinter, dass in dem Land noch etwas passiert, dass Handwerk, Gewerbe und Mittelstand bis hin zur Industrie auch etwas umsetzen. Das gehört nämlich zur Stimmungsmache dazu.

Und wenn dann eine Energiekrise kommt, wie sie letztes Jahr durch den Krieg ausgelöst wurde, dann muss man auch Akzente setzen. Aber da wurde nur davon gesprochen, wie schlimm jetzt alles ist. Dadurch wurden die Menschen verunsichert, sodass sie nicht mehr investierten und die Preise überall gestiegen sind; das gehört nämlich zur Wahrheit dazu. Da kann man nicht sagen: Das interessiert uns nicht, was in Berlin ist. – Das ist sehr wohl das Thema.

Wenn dann Ihr Minister wie vor einem Jahr kommt und sagt, er setze die KfW-Förderung aus, dann frage ich Sie: Welches Zeichen sendet das der Bevölkerung? Der normale Haus- und Wohnungsbauer hat gesagt, er habe die Anträge gestellt, bekomme jetzt aber das Geld nicht mehr, und gefragt, wie er das noch stemmen solle.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Das ist Stimmungsmache dagegen! – Zu den GRÜNEN möchte ich nur Folgendes sagen: Ich habe hier für die Länderöffnungsklausel in der Mantelverordnung erworben, sodass wir den Bodenaushub auch weiterhin hier in Bayern verfüllen können. – Sie haben dagegen gestimmt. Ich habe damals die Zahlen aufgezeigt. Wir brauchen jährlich 2 Millionen Lkw, wenn wir es hier nicht mehr schaffen, unseren Boden zu verfüllen. Das ist eine Riesen-Preistreiberei, ganz zu schweigen vom CO₂-Ausstoß, der hier generiert wird. Auch das gehört zur Wahrheit. Wir müssen also unseren Rohstoff auch hier in Bayern wieder "generieren" und zusätzlich auch wieder Boden verfüllen können. Damit können wir dann auch einen Beitrag zu günstigem Wohnungsbau leisten; das gehört letztendlich dazu.

Ich möchte mit meiner Rede hier Folgendes zum Ausdruck bringen: Bitte keine Stimmungsmache! Wir sitzen alle in einem Boot und sollten versuchen, den Menschen draußen zu zeigen, dass wir gut dastehen, Seite an Seite stehen und versuchen, die Wohnungsbauer und Investoren zu stärken. Wir sollten sagen: Jawohl, wenn ihr das machen wollte, dann stehen wir dazu, bauen Hürden und auch einmal Standards ab, damit hier für die Grundversorgung der Menschen Wohnungen gebaut werden können, damit die Bürgerinnen und Bürger hier ein gutes Zuhause finden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Nussel. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir zur Aktuellen Stunde nicht vor. Damit ist sie beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht
einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Die drei Abgeordneten Klingen (fraktionslos), Bayerbach (fraktionslos) und Busch (fraktionslos). Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Christoph Maier, Stefan Löw,
Richard Graupner u. a. und Fraktion (AfD)
Corona-Amnestie jetzt - Verfahren einstellen und Bußgelder
erlassen! (Drs. 18/25143)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Zur Verteilung: CSU 9 Minuten, GRÜNE 6 Minuten, FREIE WÄHLER 5 Minuten, AfD 4 Minuten, SPD 4 Minuten, FDP 4 Minuten und die Staatsregierung 9 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 2 Minuten sprechen. – Der erste Redner ist der Kollege Christoph Maier. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Beifall bei der AfD)

Christoph Maier (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Je mehr Zeit nach Beendigung der Corona-Lage ins Land zieht, desto mehr Dogmen der Staatsregierung erweisen sich als grundfalsch oder werden wissenschaftlich widerlegt. Mit unserem heutigen Antrag auf Einführung einer Corona-Amnestie in Bayern für die noch nicht abgeschlossenen Verfahren wegen Verstößen gegen die Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnungen soll der Startschuss für den Beginn der rechtlichen Aufarbeitung gesetzt werden.

Meine Schriftliche Anfrage an die Staatsregierung betreffend Bußgelder und Ordnungswidrigkeiten wegen Verstößen gegen jene Verordnungen ergab, dass zum Zeitpunkt der Beantwortung, am 20. Januar dieses Jahres, genau 37.740 Verfahren in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Bayerns noch offen waren. 37.740 Verfahren sind knapp 16 % aller diesbezüglichen Corona-Verfahren.

Wir beraten heute also erstmals im Plenum darüber, was mit diesen über 37.000 Verfahren geschehen soll. Sie sind zum Teil noch nicht rechtskräftig abgeschlossen oder noch nicht vollstreckt. Daher kann der Bayerische Landtag für diese Verfahren eine Amnestie beschließen, ohne auf rechtliche Rückabwicklungsprobleme zu stoßen. Als AfD-Fraktion geht es uns auch nicht darum, nach fast drei Jahren konstruktiver Opposition gegen die Corona-Zwangmaßnahmen endlich die Richtigkeit unseres politischen Kurses von den Kartellparteien mehrheitlich bestätigt zu bekommen. Darum geht es uns nicht; das haben wir nicht nötig.

Uns geht es darum, dass rechtschaffene und kritische Bürger nicht länger mit diesen Corona-Zwangmaßnahmen der Söder-Regierung drangsaliert, kriminalisiert und belästigt werden.

(Beifall bei der AfD)

Denn heute wissen wir, dass viele dieser Maßnahmen gar nicht geeignet waren, die Ausbreitung des Virus überhaupt zu verhindern. Die Menschen wurden zum Tragen von Masken gezwungen, durften zeitweise ihre Häuser nicht mehr verlassen, mussten Abstandsgebote zu anderen Menschen im Freien einhalten oder durften Menschen gar nicht mehr sehen; vor allem wurden sie in Kategorien eingeteilt: geimpft oder genesen.

Wer eine dieser Voraussetzungen dann nicht erfüllte, wurde von der Staatsregierung von der Teilhabe am öffentlichen Leben ausgeschlossen und einem staatlichen Impfwang ausgesetzt, was einer Art Nötigung, ja sogar einer Form der Erpressung gleichkam.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Es gab überhaupt keinen Impfwang!)

Alte Menschen vereinsamten in den Heimen, und Kinder wurden in ihrer Entwicklung behindert.

(Beifall bei der AfD)

Eines war jedem halbwegs normal denkenden Menschen klar: Die Ausbreitung des Virus kann nicht dauerhaft verhindert werden. Andere Länder, zum Beispiel Schweden, haben dies bereits viel früher erkannt und haben auf drakonische Maßnahmen verzichtet.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Sehr erfolgreich! – Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

Wir als AfD-Fraktion haben bei der Debatte hier im Landtag immer wieder darauf bestanden, dass die Verhältnismäßigkeit jeder einzelnen Maßnahme genau geprüft und begründet werden muss. Wir haben immer betont, dass unsere Freiheitsrechte nicht auf dem Altar einer Gesundheitsdiktatur geopfert werden dürfen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sonst mögen Sie doch Diktaturen!)

Selbst der Bundesgesundheitsminister musste jüngst einräumen, große Fehlentscheidungen getroffen zu haben. Er musste zugeben, dass es falsch gewesen sei, die Schulen und Kitas so lange zu schließen. Es gilt heute als gesichert, dass die Impfungen genauso wie das Tragen der Masken in der Öffentlichkeit gerechnet auf

die Gesamtbevölkerung die Ausbreitung des Coronavirus nicht verhindern konnten. Dies hat die Auswertung von 78 Studien mit etwa 610.000 Teilnehmern ergeben. Es ist daher höchste Zeit, dass die Corona-Politik der Staatsregierung schonungslos aufgearbeitet wird und die Verantwortlichen politisch und auch juristisch zur Verantwortung gezogen werden.

(Beifall bei der AfD)

Für die bayerischen Bürger aber wollen wir mit dem heutigen Antrag einen Anfang machen und den längst notwendigen Rechtsfrieden herstellen. Auf ein Schuldeingeständnis von Herrn Söder, Herrn Holetschek oder Herrn Herrmann können wir hier lange warten. – Stimmen Sie daher für diese Corona-Amnestie!

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Maier. – Ich darf den nächsten Kollegen aufrufen. Es ist der Abgeordnete Josef Schmid von der CSU-Fraktion. Herr Abgeordneter Schmid, bitte schön.

Josef Schmid (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist eigentlich müßig, dass wir hier ein Thema behandeln, das im Verfassungs- und Rechtsausschuss eigentlich schon umfassend behandelt wurde. Aber es gehört zur Strategie der AfD, immer wieder Dinge ins Plenum zu ziehen, um Plenarsitzungen unnötig zu verlängern.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wir sitzen hier keine zwei Stunden!)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, für einen Teil der Bußgeldbescheide hat der bayerische Innenminister längst verkündet, Bußgelder entsprechend nicht mehr zu verhängen. Das kann aber nur einen kleinen Teil betreffen. Jetzt erkläre ich Ihnen einmal, warum. Sie behaupten ja gelegentlich, Sie seien eine Rechtsstaatspartei. Das kommt bei diesem Antrag wie so oft aber überhaupt nicht vor, so dass dem auch kein Glauben zu schenken ist.

(Ulrich Singer (AfD): Wir haben Bürger nicht verfassungswidrig eingesperrt!)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD oder liebe Kollegen von der AfD, Bußgeldbescheide müssen natürlich Bestand haben, wenn sie bestandskräftig sind. Wieso soll denn der Rechtsunterworfenen sonst überhaupt noch irgendwelchen Vorschriften und Regeln Folge leisten?

(Ulrich Singer (AfD): Darum geht es doch gar nicht!)

Das ist ein Grundprinzip des Rechtsstaates, um das es hier geht. Stellen Sie sich einmal vor, es wäre nicht so; dann würden diese oder jene Bußgeldbescheide nach Belieben nicht mehr gelten. Wie soll sich denn sonst bitte der Rechtsunterworfenen zukünftig verhalten, und wie soll bitte ein Parlament oder eine Staatsregierung überhaupt irgendwelche Maßnahmen wirksam durchsetzen können? – Das ist das kleine Einmaleins des Rechtsstaatsprinzips. Das lernt jeder Jurastudent im ersten Semester.

Dann kommt es natürlich vor – das passiert immer wieder –, dass durch das Fortschreiten der Zeit, durch fortschreitende Erkenntnisse oder durch Veränderungen bei den zu regelnden Lebenswirklichkeiten einzelne Vorschriften außer Kraft treten.

(Andreas Winhart (AfD): In Bayern war es anders, Herr Kollege! In der Bundesverordnung war es auch anders!)

Das heißt aber gerade nicht, dass diese Vorschriften, die zum betreffenden Zeitpunkt in Kraft waren, im Nachhinein vielleicht nicht zu beachten wären. Auch das gehört letztlich zum Rechtsstaat.

Jetzt sage ich Ihnen was zu dieser Corona-Geschichte.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

– Können Sie vielleicht aufhören, dauernd zu krakeelen und reinzuplärren? Melden Sie sich halt zu einer Zwischenbemerkung! Bleiben Sie wenigstens hier mal ordentlich!

(Andreas Winhart (AfD): Das ist einfach falsch!)

Bleiben Sie hier halt mal einigermaßen den Verfahrensregeln treu!

(Beifall bei der CSU – Andreas Winhart (AfD): Dann geben Sie doch mal die Antworten!)

Wenn so etwas geschieht wie eine erstmals auftretende Pandemie, dann ist doch klar, dass nicht in jedem Fall immer alles hundertprozentig richtig sein kann, wenn man schnell reagieren muss. Stellen Sie sich doch mal vor, man hätte irgendetwas unterlassen, was sich im Nachhinein als richtig herausstellt, eine Maßnahme, von der im Nachhinein rauskommt, dass sie Leben gerettet hätte.

(Ulrich Singer (AfD): Das ist unanständig, Herr Kollege!)

Also ist es doch umgekehrt richtig, Maßnahmen zu ergreifen, auch wenn sich danach herausstellt, dass die eine oder andere vielleicht nicht so zielführend war. Aber umgekehrtes Verhalten wäre doch das größte Versäumnis des Staates. Insofern mag es sein, dass Gerichte heute die eine oder andere Maßnahme für nicht wirksam oder nicht rechtmäßig erklärt haben. Irgendwelche wissenschaftlichen Erkenntnisse, die wir heute haben, besagen, das eine oder andere hat stärker, das eine oder andere weniger gewirkt. Aber da muss ich ganz ehrlich sagen: Das gehört dazu, wenn man ein dynamisches Geschehen in den Griff bekommen will. Auch das ist Rechtsstaat. Deswegen ist dem kleinen richtigen Belang in Ihrem Antrag, wenn man ihn denn erkennen möchte, Genüge getan.

Ich sage auch noch etwas zu den offenen Verfahren: Bei den offenen Verfahren obliegt es jedem einzelnen Betroffenen, Rechtsbehelfe einzulegen.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

Wenn ein Bescheid noch nicht bestandskräftig ist, dann kann ich dagegen etwas machen. – Nein, meine Damen und Herren, dieser Antrag geht komplett an der Sache vorbei.

Es ist ja auch so – das sei allen gesagt, die heute hier vielleicht die erste Debatte dieser Art erleben –, dass das typisch für Sie ist, weil Sie im Grunde Corona leugnen. Sie leugnen die Wirkungen vor Corona.

(Ulrich Singer (AfD): Wir leugnen die Wirksamkeit Ihrer unrechtmäßigen Maßnahmen!)

Sie leugnen die Notwendigkeit von entsprechenden Maßnahmen. Das ist grundfalsch.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Ingo Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Schmid von der CSU, es kommen ja täglich neue Studien, die eben genau das untermauern, dass Ihre ganzen Corona-Maßnahmen oder der Großteil davon nicht nur nutzlos waren – sie waren zum Teil schädlich.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Schulschließungen, Maskenpflicht, Lockdowns usw. Ich brauche hier nur die Studie des Cochrane-Instituts vom 30.01.2023 zu zitieren. Die kennen Sie vielleicht nicht oder wollen es jetzt immer noch nicht wahrhaben.

Insgesamt kann man sagen: Ihre Politik war eine große Katastrophe und hat nachhaltig der Demokratie geschadet. Wenn Sie sich jetzt wie vor fünf Minuten hier hinstellen und sagen, diese ganze Debatte wäre ein Zeitraub, heute, wo wir gerade mal zwei Stunden hier sitzen, dann sagt das sehr viel über Ihr demokratisches Verständnis aus.

Ich denke, wir müssen diese schweren Eingriffe aufarbeiten. Das zeigt auch klar, dass die AfD mit ihrer kritischen Haltung auf dem richtigen Weg war. Wir können diese Informationen nicht im Nachhinein ignorieren. Das Mindeste wäre, dass Sie sich für die Dinge, bei denen Sie es einsehen, einfach mal bei den Leuten entschuldigen: dass sie nicht vor die Tür gehen konnten und dass sie zwei Jahre lang mit Masken rumlaufen mussten. Das wäre es mir wert.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Schmid.

Josef Schmid (CSU): Also, Herr Kollege: Selbstverständlich verfolgen wir auch jetzt, wo die Corona-Krise am Abklingen ist, sämtliche wissenschaftlichen Erkenntnisse, weil man immer aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen kann.

Aber ich stelle jetzt mal die Gegenfrage. Was sagen Sie eigentlich zu den Tausenden von Menschenleben, die durch die Maßnahmen insgesamt gerettet wurden? Hätten Sie die denn gerne aufs Spiel gesetzt?

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Bitte auf die Frage antworten!)

Was ist denn das bitte für eine menschenverachtende Aussage, zu sagen, es war alles wirkungslos?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Tausende von Menschenleben wurden gerettet!

(Franz Bergmüller (AfD): Die WHO hat ganz klar das schwedische Modell als das beste dargestellt! Aussagen! Fakten!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Damit darf ich den nächsten Redner aufrufen: Es ist Herr Abgeordneter Toni Schuberl von den GRÜNEN. Bitte schön, Herr Abgeordneter Schuberl.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie immer wäre es auch bei der Corona-Pandemie zur Katastrophe gekommen, wenn

man der AfD gefolgt wäre. Das muss man bei diesem Thema in Erinnerung rufen. Diese Partei darf niemals politische Verantwortung erhalten!

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Die grundsätzliche Richtung der Corona-Politik in Bayern war richtig. Wir GRÜNE haben das kritisch-konstruktiv begleitet. Die notwendigen Maßnahmen waren zu Recht bußgeldbewehrt. Es gab Maßnahmen, die übertrieben waren. Wir haben sie kritisiert. Die Gerichte haben darüber geurteilt, so wie es in einem Rechtsstaat üblich ist. Bußgelder für verfassungswidrige Maßnahmen wie die Ausgangssperre werden zurückgezahlt. – Das ist gut, das erwarte ich aber auch. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Jetzt bräuchte es noch eine einheitliche Handreichung der Staatsregierung für die Kommunen. Das Verfahren wäre professioneller denkbar, aber es läuft. Dafür braucht man keinen Antrag mehr. Und ich erwarte, liebe Staatsregierung – das ist bisher noch nicht thematisiert worden –, dass diejenigen, die aufgrund der im Nachhinein als verfassungswidrig festgestellten Ausgangssperre in Präventivhaft genommen worden sind, hierfür entschädigt werden. Haft oder Gewahrsam muss immer Ultima Ratio sein.

Eine allgemeine Amnestie für alle, die sich widerrechtlich gegen rechtmäßige, notwendige Maßnahmen gestellt haben, lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schubertl. – Damit kommt nun der nächste Redner: Es ist Herr Abgeordneter Alexander Hold. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt ausgesprochen viele in unserer Gesellschaft, die immer wissen, was richtig gewesen wäre – vor allem im Nachhinein. Es liegt in der Natur der Sache, dass in die Zukunft gerichtete Einschätzungen, also Prognosen über den richtigen Weg, eher mit dem Risiko des Irrtums behaftet sind als nachträgliche Besserwisserie. Eine nie da gewesene Herausforderung wie die COVID-19-Pandemie, in der schnell, effektiv und zugleich natürlich mit den geringstmöglichen Eingriffen gehandelt werden musste, erhöht natürlich dieses Risiko, mal mit einer einzelnen Handlung daneben zu liegen.

Und trotzdem lässt sich im Rückblick sagen, dass es erstens immer das Ziel war, die am wenigsten einschneidenden Maßnahmen für den größtmöglichen Schutz zu treffen, und dass zweitens der absolut überwiegende Teil der Maßnahmen der Staatsregierung rechtmäßig war. Das zeigt sich doch schon daran, dass fast alle Klagen dagegen abgewiesen und nur eine Handvoll Maßnahmen höchstrichterlich für unwirksam erklärt wurden, wie zum Beispiel die zu rigorosen Ausgangsbeschränkungen während des Lockdowns. Bei diesem Beispiel hätte man mit den heutigen Kenntnissen vielleicht weniger einschneidende Maßnahmen getroffen. Aber für die Mehrheit der Maßnahmen, auch wenn sie zwischenzeitlich gestrichen wurden, gilt, dass sie damals rechtmäßig waren. Sie wurden zwischenzeitlich nur deswegen zurückgenommen, weil sie schlicht und einfach durch weniger gefährliche Varianten oder durch das Abebben der Pandemie nicht mehr notwendig sind – aber doch nicht, weil sie von vornherein rechtswidrig waren. Unsere Fraktion hat immer, während der gesamten Pandemie, darauf geachtet und darauf gedrängt, dass Maßnahmen dann nicht länger aufrechterhalten wurden, wenn sie nicht mehr notwendig waren, in der Regel auch mit Erfolg.

Und jetzt wollen Sie eine generelle Amnestie? Wollen Sie ernsthaft auch denjenigen die Bußgelder zurückbezahlen, die völlig verantwortungslos, egoistisch und

unsolidarisch Partys mit fünfzig Personen veranstaltet haben und damit nachweislich zu Superspreadern geworden sind,

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ja!)

während brave Normalbürger aus Verantwortung für ihre Mitmenschen zu Hause geblieben sind? Wollen Sie das ernsthaft?

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ja!)

Schon aus dem Grund ist die Forderung nach einer generellen Amnestie völlig unverhältnismäßig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Außerdem würde es gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstoßen, wenn man jetzt nur diejenigen Bußgelder erlässt, die zwar rechtskräftig verhängt worden sind, aber bis zum 31.12.2022 noch nicht vollstreckt wurden. Das verstehe ich überhaupt nicht. Das hieße, dass jemand, bei dem die Vollstreckung schneller lief, am Ende völlig willkürlich der Dumme wäre, weil er sein Bußgeld bezahlt hätte, und alle, die das Glück haben, dass sie die Zahlung noch hinausgezögert haben, würden Sie letzten Endes jetzt in den Genuss einer Amnestie kommen lassen. Das soll verstehen, wer will.

Gerade die Bestandskraft von Bußgeldbescheiden und die Rechtskraft von gerichtlichen Entscheidungen ist von elementarer Bedeutung für die Rechtssicherheit und den Rechtsfrieden in unserem Land. Bürger müssen schließlich darauf vertrauen können, dass Regeln auch umgesetzt und Verstöße geahndet werden. An dem Grundsatz sollten wir beileibe nicht rütteln.

Aber natürlich zieht sich die Staatsregierung da nicht auf Formales zurück. Deswegen haben auch der Gesundheitsminister und der Justizminister bereits öffentlich erklärt, dass Fälle, in denen das mit dem Bußgeld geahndete Verhalten nach der Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte nicht hätte untersagt werden dürfen, grundsätzlich untersucht werden und ein Bußgeld auch zurückgezahlt werden soll. Letzten Endes wird das zurzeit zwischen dem Justizminister und dem Gesundheitsminister abgestimmt; die Zeit dafür muss man ihnen aber auch geben.

Zu Ihrem Vorschlag, anhängige Verfahren jetzt grundsätzlich einzustellen, sage ich: Abgesehen davon, dass sich mir überhaupt nicht erschließt, wie Sie auf den willkürlichen Oberbetrag von 15.000 Euro kommen, ist es doch auch völlig unsinnig, anhängige Verfahren grundsätzlich einzustellen. Wenn sich ein Verfahren bereits vor Gericht befindet, haben letztendlich die Gerichte darüber zu entscheiden. Dann ist es auch dem Einfluss der Staatsregierung entzogen. In allen anderen Fällen, in denen noch gar kein Bußgeldbescheid erlassen worden ist, können Sie sich darauf verlassen, dass die Bußgeldbehörden jetzt natürlich die neue Rechtsprechung berücksichtigen und Verfahren sowieso von sich aus einstellen, wenn es denn um eine solche Sache geht.

Bei dem Superspreader, den ich vorher erwähnt habe, gilt das selbstverständlich nicht; aber das wollen Sie ganz offensichtlich. Warum? – Das ist mir nicht klar. Jedenfalls würden Sie mit einer Einstellung aller offenen Verfahren auch die Unverantwortlichen – Stichwort Superspreader und Partyveranstalter – während des Lockdowns belohnen. Das kann nicht in unser aller Interesse sein.

Am Schluss sagen Sie noch: Lückenlos muss aufgearbeitet werden. Einerseits wollen Sie lückenlos aufarbeiten, andererseits wollen Sie jetzt – Schwamm drüber

– alle Verfahren totmachen. Ganz ehrlich: Das klingt für mich weniger nach Amnestie als nach Amnesie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Wir haben eine Meldung für eine Zwischenbemerkung. Zu dieser Zwischenbemerkung darf ich den Herrn Kollegen Winhart von der AfD-Fraktion aufrufen. Bitte schön.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Hold! Jetzt haben wir ja schon zwei Eingeständnisse aus den Regierungsparteien gehört: Der Herr Schmid hat schon zugegeben, dass sich Maßnahmen im Nachhinein als falsch herausgestellt haben, und Sie haben jetzt auch gesagt, dass Maßnahmen zum Teil mit dem Risiko des Irrtums behaftet waren. Sie haben aber bemängelt, dass wir nicht alle, sondern nur die offenen Verfahren noch einmal aufmachen bzw. bearbeiten wollen.

Wir kommen gerne auf Ihren Vorschlag zurück. Das ist überhaupt kein Problem, wenn Sie sich dafür offen zeigen. Dann sollten Sie aber heute den ersten Schritt machen und schon einmal diejenigen, die dafür offen sind, mitnehmen.

Das Zweite ist: Gerade Sie als Richter sollten doch eigentlich auch wissen, dass die Gerichte derzeit aufgrund dieser Corona-Verfahren dermaßen überlastet sind,

(Franz Bergmüller (AfD): Die sind überlastet, aber mit Sicherheit!)

dass wir der Justiz einen Riesengefallen täten, wenn wir diese offenen und sinnlosen Verfahren einstellen würden.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Zum Ersten befürchte ich, dass Ihre Zwischenbemerkung deutlich macht, dass Sie Ihren eigenen Antrag nicht verstanden haben. Sie behaupten jetzt, dass ich Ihnen vorwerfe, dass Sie nicht alle Verfahren wieder aufmachen wollen. Doch, Sie wollen ja für alle Verfahren die Amnestie. Sie wollen alle Gelder zurückbezahlen, auch in den Fällen, bei denen alle vernünftigen Menschen sagen: Ja, das war ein grober Verstoß; der musste geahndet werden. Auch die wollen Sie letzten Endes ja wieder aufmachen, also ist es genau umgekehrt, wie Sie sagen.

Zweitens finde ich es gut, dass Sie die Belastung noch einmal ansprechen. Natürlich sind Bußgeldverfahren hinsichtlich der Belastung nicht für die Justiz, sondern vor allem für die Bußgeldbehörden ein Problem. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Das, was Sie wollen, wäre eine zusätzliche große Belastung für die Bußgeldbehörden, weil sie – wenn es nach Ihnen geht – alle Verfahren nämlich noch einmal durchackern, durchgehen und in die Hand nehmen müssten. Ich merke schon: Sie haben den Antrag selber nicht verstanden. Das wäre die Oberbelastung für unsere Behörden. Das können Sie nicht wirklich wollen; aber Sie wollen ja überwiegend Dinge, die nicht vernünftig sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hold. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Horst Arnold von der SPD-Fraktion. Herr Abgeordneter Arnold, Ihnen gehört das Rednerpult, zumindest für einige Minuten.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Ihrem Antrag auf Generalamnestie wollen Sie als AfD eigentlich einen Freifahrtschein für eine irrlichternde Politik, die in dem Zusammenhang auch in der Corona-Krise zutage getreten ist. Denn: Ihr Fraktionsvorsitzender war es doch, der zu Beginn der

Pandemie, Herr Prof. Hahn, Kaiser Wilhelm zitiert und gesagt hat: Jetzt gibt es keine Parteien mehr. Jetzt geht es um die Pandemiebekämpfung.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Richtig!)

Das waren Sie. Ihre Fraktion hat zugestimmt. Damals waren Sie vielleicht schon etwas weniger an der Zahl, aber Ihre Fraktion hat zugestimmt.

Jetzt fangen Sie hinterher an, die Wäsche und sich selber nach dem Motto reinzuwaschen: Wir waren schon immer gegen diese Ordnungswidrigkeiten, aber da muss jetzt eine Amnestie her, und zwar auch eine Amnestie für Verhaltensweisen, die zwingend erforderlich mit Bußgeldern zu belegen waren. Dazu gehören Maskenverstöße, auch in Altersheimen etc. Wir brauchen doch nicht darüber zu reden, dass die angemessen waren. Der Rechtsstaat funktioniert doch. Wir haben beim VGH die 15-Kilometer-Radius-Regel gekippt. Auch da ist entschieden worden, dass keine Sanktionen mehr kommen. Der Prozess läuft doch, der jetzt zwischen dem Justiz- und dem Gesundheitsministerium abgesprochen worden ist, dass insoweit Bußgelder zurückgezahlt werden. Jetzt gehen Sie aber her, machen dieses Fass auf und stellen sich dann selber einen Persilschein aus. Das machen wir für Ihre irrlichternde Politik nicht mit.

(Beifall bei der SPD)

Dann kommen Sie und sagen: Da sind einige entsprechende Entscheidungen getroffen worden. Auch das ist doch ein Zeichen dafür, dass der Rechtsstaat funktioniert. Haben Sie jemals gegen diese Maßnahmen geklagt? Haben Sie jemals irgendeinen Antrag beim VGH gestellt? – Nein, Sie haben nur gemotzt. Sie haben das nur abgetan. Dagegen haben andere Fraktionen tatsächlich beim VGH Erfolge errungen. Das ist rechtsstaatliche, parlamentarische, demokratische Politik, und nicht das, was Sie jetzt machen, nämlich den Rechtsstaat quasi durch eine Amnestie – tatsächlich auch – und Amnestie abschaffen zu wollen. Das steckt doch eigentlich dahinter. Deswegen werden wir das ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Prof. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Arnold von der SPD, die Frage stellt sich doch gar nicht, dass man sich damals, als die Corona-Pandemie aufkam, damit befassen und überlegen musste, wie man dem begegnet; aber Ihre SPD war es, die diese ganzen überzogenen und auch rechtlich völlig unhaltbaren Maßnahmen durchgesetzt hat. Sie haben hier im Landtag und in Berlin in Ihrer Großen Koalition dafür argumentiert. Das geht jetzt weiter.

Wir als AfD waren gegen diese Maßnahmen. Das möchte ich hier einmal in aller Deutlichkeit sagen. Wer das noch nicht einmal im Nachhinein erkennt, für den zitiere ich hier aus der neuen Cochrane-Studie vom 30.01. Darin wird ganz klar gesagt: Erstens. Es gibt kaum oder gar keinen Einfluss der Maske auf das Infektionsgeschehen. Zweitens bietet das Tragen einer FFP2-Maske gegenüber einer OP-Maske ebenfalls keinen Zugewinn an Sicherheit. Das müssen wir doch wenigstens im Nachhinein zur Kenntnis nehmen. Ich nehme zur Kenntnis, dass von Ihrer ganzen SPD-Fraktion – so, wie sie hier sitzt, und Sie auch – keiner hier mehr mit Maske sitzt, und das jetzt, wo hier der Widerstand so groß geworden ist und Sie vielleicht selber sehen, dass die Maske gar nichts mehr bringt.

Das zeigt doch nur eines: Das ist eine absolut politische Entscheidung, die Sie da drei Jahre durchgezogen haben. Die haben Sie jetzt korrigiert. Deshalb ist eine

Amnestie natürlich gerechtfertigt. Sonst tun Sie eben auch den Menschen Unrecht, die vielleicht ihre Masken einmal nicht aufgezogen haben.

Horst Arnold (SPD): Sie mögen Studien zitieren, wie Sie wollen. Sie wissen: Unter Juristen gibt es immer Meinungen, sofern in dem Zusammenhang Leute da sind, die die Meinungen bezahlen.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Das stimmt doch überhaupt nicht! Keine Ahnung!)

Einige setzen sich vor Gericht durch. Deswegen ist es tatsächlich so, dass einige Urteile gefällt worden sind, die Einzelmaßnahmen aufheben; aber ich sage Ihnen deutlich: Wir haben dagegen geklagt. Sie haben nichts eingeklagt.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wir haben auch geklagt!)

Sie klagen immer nach außen hin und in sich hinein, aber Sie haben in diesem Zusammenhang doch keinerlei diesbezügliche Neigung, seriöse Studien heranzuziehen. Das ist ein Hohn für diejenigen, die leider Gottes ihr Leben in der Pandemie verloren haben.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Arnold. – Nächster Redner ist der Kollege Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion. Herr Kollege Muthmann, bitte schön.

Alexander Muthmann (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag ist überschrieben mit "Corona-Amnestie jetzt [...]!". Betrachtet man den Inhalt, wäre es viel gescheiter gewesen, drüberzuschreiben: "Corona-Anarchie jetzt!" Mit diesen Forderungen bringen Sie zum Ausdruck, dass Ihnen die Werte der Rechtsstaatlichkeit, dass Ihnen rechtsstaatliche Verwaltungsverfahren, beispielsweise Bußgeldverfahren, aber auch die Entscheidungen von Gerichten völlig egal sind.

Sie fordern unter der Nummer 1, dass Bußgelder, die rechtskräftig verhängt wurden, die also nicht nur bestandskräftig geworden sind, sondern die durch Gerichte bestätigt wurden, nicht mehr vollstreckt werden sollen. Da stellt sich natürlich die Frage – das haben schon meine Vorredner problematisiert –, wie Sie dann mit all den Bürgerinnen und Bürgern umgehen, die auch schon mal einen Regelverstoß begangen haben, der geahndet wurde, denen ein Bußgeldbescheid zugegangen ist, der pflichtgemäß bezahlt wurde.

Uns ist es wichtig, dass ein solches Verfahren vernünftig zum Abschluss gebracht wird. Wir erwarten, dass solche rechtsstaatlich ordentlichen Verfahren abgewickelt werden, anstatt dass Sie diejenigen, die sich trotz rechtskräftiger Feststellung der Zahlungspflicht wehren, mit diesem Antrag zu Hilfe kommen.

So viel zum eigentlichen Inhalt. Dass Sie hier und heute – wie Herr Maier – sagen, all die Maßnahmen wie das Masketragen und Impfen hätten nicht gewirkt, wären nicht notwendig gewesen, ist an Absurdität nicht mehr zu überbieten und macht deutlich, dass Sie bis heute die Herausforderungen der Corona-Belastungen und -Krise und die Gefährdungen nicht im Ansatz verstanden haben. Sie warten auf mit einer Besserwisserei eines Lottospielers, der großartige Bewunderung dafür erwartet, dass er am Montag sagen kann, wie die Lottozahlen vom Samstag ausgefallen sind. Das ist es aber nicht, worum es in dieser Krise ging.

Auch wir waren längst nicht mit allen Maßnahmen der Staatsregierung einverstanden und haben vielfach um Korrekturen gerungen und diese eingefordert. Da und

dort waren wir erfolgreich, haben uns die Gerichte in unserer Einschätzung bestätigt. Wo aber die Gerichte gesagt haben, dass rechtens war, was die Staatsregierung gemacht hat – das ist zugegebenermaßen ein relevanter, großer Teil der Maßnahmen gewesen –, muss man jetzt die rechtsstaatlichen Verfahren ordentlich zu Ende bringen, anstatt zu versuchen, mit ausgesprochen populistischen und rechtsstaatlich nicht annähernd tragfähigen Positionen politischen Landgewinn zu erlangen. Natürlich lehnen auch wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Muthmann. – Damit darf ich den letzten gemeldeten Redner aufrufen: Herrn Abgeordneten Raimund Swoboda, fraktionslos. Bitte schön, zwei Minuten.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Kein Verantwortlicher, ob Politiker, Beamter, Medienvertreter oder Arzt, darf still und leise zur Tagesordnung übergehen und so tun, als wäre nichts gewesen. Nein, eine Verdunkelung der Sache wird es nicht geben. Das gilt auch in Bayern, wo sich eine unheilvolle Schulterschlussallianz der Regierungsparteien CSU und FREIE WÄHLER mit den Oppositionsfraktionen GRÜNE, SPD und FDP unter dem Vorwand der Gesundheitsfürsorge durch Aushebelung der freiheitlichen Ordnung als Totengräber der Demokratie versuchte. Herausgekommen ist eine hohe Übersterblichkeit an oder mit der Impfung.

(Widerspruch – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Was für ein Schwachsinn!)

Aber eben das lässt man den Toten nicht beweisen. Angst und Schrecken, Aufforderung zur Denunziation und Diffamierung von Kritikern und Demonstranten sowie hohe Bußgelder und harte Polizeigewalt waren der Offenbarungseid auf dem Weg zu einem Stasi-Staat.

(Widerspruch)

Impfzwang und sinnlose Maskenpflicht spalteten die Gesellschaft bis heute. Neueste Meta-Analysen beweisen erneut, dass Masken und mRNA- und Vektorimpfstoffe nicht schützen, sondern der Gesundheit unverhältnismäßig schaden können.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Stimmt alles nicht!)

Fast 40 Millionen Euro wurden in Bayern aufgrund unsinniger Bußgeldvorschriften einkassiert; dafür gab es nie eine sachliche, evidenzbasierte Grundlage.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Stimmt auch nicht!)

Vor diesem Hintergrund sorgen Bestandskraft

(Zurufe: Reicht!)

von Behörden- und Gerichtsentscheidungen eben nicht für den Rechtsfrieden und die Rechtssicherheit. Die Wiederaufnahme der Verfahren und die Aufhebung und die Rückzahlung der Strafen und Bußgelder würden das Vertrauen in den Rechtsstaat vielleicht wenigstens teilweise wiederherstellen. Deshalb: Der AfD-Antrag ist gut, Amnestie jetzt!

(Der Redner wendet sich zu Staatsminister Dr. Florian Herrmann)

Und wenn Sie es besser wissen, dann kommen Sie doch her und sagen Sie's! Aber Sie wissen es nicht besser. – Ich danke Ihnen.

(Zuruf: Gar nichts für! – Unruhe – Der Redner verlässt das Rednerpult)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege Swoboda, am Rednerpult bleiben!

(Zuruf: Herr Swoboda! – Weiterer Zuruf: Hallo!)

Es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Klingen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Das ist ja etwas ganz Neues, Herr Präsident.

Christian Klingen (fraktionslos): Herr Kollege Swoboda, mich würde jetzt interessieren, was konkret Sie der Staatsregierung vorwerfen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Wir erinnern uns: Was war denn vor drei Jahren? – Man hat uns Angst gemacht. Man hat gesagt: Nur durch Impfung bekommen wir unsere Freiheit zurück; nur die Impfung schützt uns und andere vor Ansteckung. Kindern wurde gesagt, sie gefährden ihre Oma und ihren Opa, diese sterben vielleicht.

(Zuruf: Das war ja auch so!)

Wenn man sich das überlegt,

(Unruhe)

so weiß man – das kann man belegen, Sie können diese Zitate in den Print- und Sendemedien nachlesen, in den Mediatheken –, man hat nur auf ganz bestimmte Wissenschaftskreise gehört, auf die, die gesagt haben: Masketragen hilft. – Aber warum, das haben Sie nicht erklären können.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Natürlich!)

Man hat bei der Impfung gesagt, die vulnerablen Gruppen – das sind die älteren Herrschaften da oben auf der Tribüne, hier und da, bei Ihnen und draußen in der Bevölkerung – sind besonders gefährdet. Vulnerable Gruppen – schwaches Immunsystem. Ein Impfstoff, der uns vorgestellt wird, –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke. Redezeit!

Raimund Swoboda (fraktionslos): – soll ein nicht vorhandenes Immunsystem anregen können? Das passt wissenschaftlich nicht zusammen.

(Lebhafte Zurufe)

– Wenn Sie es besser wissen, dann erklären Sie's.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie reden die Krise doch wieder herbei, Herr Kollege! Das passt doch wieder voll zu Ihnen!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, jetzt ist die Zeit um. – Ich darf damit die Rednerliste schließen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung dieses Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind alle übrigen Fraktionen sowie die fraktionslosen Abgeordneten Busch und Sauter. Stimmenthaltungen? – Der Kollege Klingen (fraktions-

los). Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir haben heute die seltene Situation, dass wir schon sehr früh am Ende der Tagesordnung sind. Die Damen und Herren Gäste dieses Hauses haben leider nicht die Chance, noch weitere Debatten mitzuerleben. Ich wünsche Ihnen aber noch einen guten Aufenthalt im Hause und einen schönen Dienstagabend. Alles Gute! Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 15:47 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Berthold Rüth, Tobias Reiß, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Kommunen unterstützen – Fortführung der finanziellen Unterstützung der Kommunen durch den Bund!
Drs. 18/24288, 18/26227 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayerisches Schienennetz systematisch instand halten - Langsamfahrstellen und Streckensperrungen vermeiden
Drs. 18/24317, 18/26228 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Meisterbonus in der Pflege – Gelingt die Umsetzung?
Drs. 18/24661, 18/26221 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

4. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Erhöhten Energie-Selbstversorgungsgrad und Artenvielfalt stärken, Stickstoffeintrag vermindern: Energetische Umsetzung von Mähgut in Biogasanlagen erleichtern
Drs. 18/24865, 18/26233 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

5. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Josef Zellmeier, Bernhard Seidenath, Alexander König u.a. CSU
Kommunen unterstützen – Kommunen bei Entlastungsmaßnahmen nicht vergessen!
Drs. 18/24871, 18/26197 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Christian Flisek, Diana Stachowitz u.a. SPD
Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendhilfe bekämpfen – mehr Studienplätze für Kindheitspädagogik und Soziale Arbeit
Drs. 18/24882, 18/26179 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

7. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürger und Kommunen bundesweit an EE-Anlagen beteiligen
Drs. 18/24964, 18/26198 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

8. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mehr Lehrkräfte für Pflegeschulen gewinnen
Drs. 18/24991, 18/26209 (E)

Auf Antrag der FDP-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses
für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

9. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Sprach-Kitas beibehalten – Landesprogramm zügig aufsetzen
Drs. 18/25043, 18/26201 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Schutzbedürfnis von Exil-Iranerinnen und -Iranern und deren Unterstützerinnen und Unterstützern in Bayern ernst nehmen
Drs. 18/25144, 18/26226 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Gigabitausbau in Bayern forcieren
Drs. 18/25145, 18/26200 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Anhörung zu Schulangeboten für geflüchtete Kinder und Jugendliche
Drs. 18/25232, 18/26210 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Modellversuch zum Schulbeginn ab 09.00 Uhr
Drs. 18/25236, 18/26211 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schülerinnen und Schüler vor sexuellen Übergriffen an Schulen schützen!
Drs. 18/25239, 18/26212 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Digitalen Austausch zwischen Eltern und Schule voranbringen!
Drs. 18/25240, 18/26213 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zur Zukunft der Wasserwirtschaft in Zeiten der Klimaerhitzung
Drs. 18/25243, 18/26234 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ehrenamtliches Engagement im Bereich der Erinnerungskultur und der Aufarbeitung der NS-Geschichte unterstützen und fördern
Drs. 18/25281, 18/26214 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

21. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Prof. Dr. Gerhard Waschler, Petra Guttenberger, Thomas Huber u.a. CSU
Berufsorientierte Bildung an Bayerns Schulen stärken
Drs. 18/25290, 18/26215 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

22. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Prof. Dr. Gerhard Waschler, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU
Auslandsmobilität und interkulturelle Kompetenzen von Lehramtsstudierenden in Bayern
Drs. 18/25292, 18/26216 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Margit Wild,
Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u.a. SPD
Bericht zu den Konsequenzen aus der IQB-Studie
Drs. 18/25305, 18/26217 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

24. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel,
Eric Beißwenger, Petra Guttenberger u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Gewinnabschöpfung bei Biomasse- und Biogasanlagen
Drs. 18/25317, 18/26196 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

25. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn,
Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Neobiota in Bayern I
Drs. 18/25321, 18/26152 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

26. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn,
Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Neobiota in Bayern II
Drs. 18/25338, 18/26235 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

27. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Potenziale von Floating-PV ausschöpfen
Drs. 18/25376, 18/26207 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Dr. Gerhard Hopp, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zur Gas- und Strompreisbremse
Drs. 18/25653, 18/26208 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH